

**Beschlussbuch
für die KDV der SPD Mitte
am 14.09.2019**

Inhaltsverzeichnis

bezirksbezogene Anträge		5
A1/II/2019	Kreisvorstand	
Neuen Schulstandorten absolute Priorität einräumen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		5
A3/II/2019	01/08 Alt-Moabit	
Stärkung politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Berlin Mitte		
<i>Annahme</i>		6
A13/II/2019	01/02 Alexanderplatz	
Modellprojekt Dach- und Fassadenbegrünung am Alexanderplatz		
<i>Annahme</i>		7
A25/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
(Mieter) Fördern und (Vermieter) Fordern! Wohnraum unter politische Kontrolle bringen: Landesamt für Wohnen einrichten!		
<i>Annahme</i>		7
A28/II/2019	01/17 Brunnenviertel	
Was passiert bis die Kräne kommen? Übergangslösungen das Gelände des ehemaligen Diesterweg-Gymnasium schaffen		
<i>Annahme</i>		9
A30/II/2019	01/23 Rehberge	
Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel gemeinsam im Kiez umsetzen!		
<i>Annahme</i>		10
A32.1/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Klimaschutz		
<i>Annahme</i>		11
Anträge an den Landesparteitag		11
A2/II/2019	01/07 Bellevue	
Schulausstattung: Leitungsgebundene Wasserspender		
<i>Annahme</i>		11
A4/II/2019	01/09 Panke-Kiez	
Segregation im Berliner Schulsystem bekämpfen		
<i>Annahme</i>		11
A5/II/2019	01/15 Gesundbrunnen	
Pflichtpraktika der Erzieher*innen-Ausbildung vergüten		
<i>Annahme</i>		14
A6/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
Grundsätze in Wissenschaft und Forschung für die Zukunft		
<i>Annahme</i>		15
A8/II/2019	01/23 Rehberge	
Bilanz nach einem Jahr ziehen und handeln! Ankerzentren sind kein Ort für Kinder!		
<i>Annahme</i>		29
A9/II/2019	01/23 Rehberge	
Qualitätsoffensive für Berliner Schulen!		
<i>Annahme</i>		30
A10/II/2019	01/23 Rehberge	
Diskriminierungskritische Berliner Schulkulturen stärken: Rassismus konsequent benennen, bearbeiten und beheben!		
<i>Annahme</i>		32

A11/II/2019	01/23 Rehberge	
Kita-Qualität verbessern, Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv gestalten und Ausbildungssystem modernisieren		
<i>Annahme</i>		36
A12/II/2019	01/23 Rehberge	
Sicherheit erhöhen und Ehrenamt unterstützen – Schulsanitäter*innen in Berlin fördern		
<i>Annahme</i>		41
A14/II/2019	01/02 Alexanderplatz	
Schadstoffbelastung auf den Berliner Wasserwegen reduzieren – Fahrgastschiffe schneller umrüsten		
<i>Annahme</i>		42
A15/II/2019	01/03 Friedrichstadt	
Ein neues Stück Berlin – Bürgerstadt Buch bauen!		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		42
A16/II/2019	01/04 Luisenstadt	
Mobil für 375 Euro pro Jahr!		
<i>Annahme</i>		43
A17/II/2019	01/04 Luisenstadt	
Tempo 30 in der Innenstadt!		
<i>Annahme</i>		44
A18/II/2019	01/05 Tiergarten-Süd	
Brücke über den Landwehrkanal		
<i>Annahme</i>		44
A19/II/2019	01/08 Alt-Moabit	
Mehr Sicherheit für Fußgänger an Alt-Moabit (Straße) Höhe U-Bhf. Turmstraße		
<i>Annahme</i>		46
A20/II/2019	01/10 Schillerpark	
Vergesellschaftung von Wohnungen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		46
A22/II/2019	01/15 Gesundbrunnen	
Internationale Bauausstellung Berlin für bezahlbaren und nachhaltigen Wohnungsbau		
<i>Annahme</i>		47
A23/II/2019	01/15 Gesundbrunnen	
Gegen Leerstand und Spekulation – Fünf-Punkte-Plan gegen Zweckentfremdung von Wohnraum in Berlin		
<i>Annahme</i>		48
A24/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Kosten des Mieterumzugs bei Eigenbedarf		
<i>Annahme</i>		49
A31/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Erschwerung der Eigenbedarfskündigung		
<i>Annahme</i>		49
A32/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Klimaschutz		
<i>Annahme</i>		50
A33/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Ausbau von Erneuerbaren Energien		
<i>Annahme</i>		50
A34/II/2019	01/10 Schillerpark	
Für eine sozial gerechte Klimapolitik: Die Energiewende voranbringen und sozial gerecht gestalten.		
<i>Annahme</i>		51

A35/II/2019	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
Elternurlaub		
<i>Annahme</i>		53
A37/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
Gleichstellung von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen		
<i>Annahme</i>		53
A42/II/2019	ASF	
Geld für Menstruationsprodukte im Arbeitslosengeld II		
<i>Annahme</i>		53
A43/II/2019	01/17 Brunnenviertel	
Unterhaltsvorschuss an Kindergeld koppeln		
<i>Annahme</i>		54
A44/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
Keine deutsche Unterstützung für den Machterhalt einer Diktatur		
<i>Annahme</i>		54
A45/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
Für eine starke Engagementlandschaft! Wir setzen uns für eine Verstärkung der Förderung der Freiwilligenagenturen in den Berliner Bezirken ein.		
<i>Annahme</i>		55
A46/II/2019	01/16 Grünes Dreieck	
Antisemitismus entschieden entgegnetreten: Initiative zur Umbenennung der Beuth Hochschule unterstützen!		
<i>Annahme</i>		56
A48/II/2019	01/02 Alexanderplatz	
Den Volksentscheid Transparenz Berlin unterstützen		
<i>Annahme</i>		56
A49/II/2019	01/23 Rehberge	
Die SPD Bilddatenbank repräsentiert unsere vielfältige Gesellschaft!		
<i>Annahme</i>		57
A50/II/2019	01/23 Rehberge	
Staatliche Handlungsfähigkeit sichern und Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten		
<i>Annahme</i>		57
A51/II/2019	ASF	
Doppelspitzen als optionales Vorstandsmodell auf allen Parteebenen ermöglichen		
<i>Annahme</i>		58
A53/II/2019	ASF	
Paritäts-Gesetz als Leuchtturmprojekt für Berlin		
<i>Annahme</i>		58
A54/II/2019	01/07 Bellevue	
Vom Europawahlkampf 2019 für bevorstehende Wahlkämpfe lernen		
<i>Überweisung an</i>		59

bezirksbezogene Anträge

- 1 **A1/II/2019**
 2 **Kreisvorstand**
 3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 4
 5
 6 **Neuen Schulstandorten absolute Priorität einräumen**
 7
 8 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte und das sozialdemokratische Mitglied des Bezirksamtes Berlin-Mitte werden aufgefordert, in der Zählgemeinschaft mit den Grünen und im Bezirksamt darauf hinzuwirken, dass bei allen bezirklichen Flächen geprüft wird, ob diese für einen Schulstandort geeignet sind. Bei allen bezirklichen Bauvorhaben ist zu prüfen, ob die zu bebauende Fläche auch als Schulstandort in Frage käme. In diesem Fall ist dem Schulstandort Vorrang einzuräumen.
 18 Das Bezirksamt wird zudem aufgefordert, Flächen die dem Land, dem Bund oder privaten Eigentümer*innen gehören, gezielt anzukaufen sofern dieses möglich ist. Besonders in den Blick genommen werden sollen dabei:
 22 – Flächen im Regierungsviertel/Fischerinsel
 23 o Campus Märkisches Museum
 24 o ehem. Standort der ZLB und Senatsbibliothek (Breite Straße)
 25
 26 o Haus der Statistik
 27 o Molkenmarkt
 28 – Flächen im nördlichen Wedding
 29 o Der Zentrale Festplatz am Kurt-Schumacher-Platz
 30 o Die ehemalige Friedhofs-/Parkflächen am Dohnagestell
 31
 32 o Friedhof in der Seestraße ggüber des Virchow-Klinikum
 33
 34 o Parkhaus der Beuth-Hochschule
 35 – Flächen in Mitte Zentrum
 36 o Beachvolleyballfeld am Nordbahnhof
 37 o Kommunale Galerie in der Auguststraße
 38 In Moabit soll der Bedarf an Schulplätzen durch Neuzuschnitte der Einschulungsbereiche und Ausbau durch Mobile Ergänzungsbauten (MEBs) erreicht werden.
 41 In Tiergarten Süd soll geprüft werden, ob eine Erweiterung der Allegro GS möglich ist, wenn die Kita aus dem Schulgebäude auszieht.
 44 Im Soldiner Kiez/Gesundbrunnen sollen fehlende Schulplätze durch Umwandlung der Willy-Brandt-Oberschule in eine Gemeinschaftsschule (Badstraße 10) gewonnen werden.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 **A3/II/2019**
2 **01/08 Alt-Moabit**
3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
4
5
6 **Stärkung politischer Partizipation von Kindern und**
7 **Jugendlichen in Berlin Mitte**
8
9 politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen
10 in Berlin Mitte
11 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV-Mitte
12 werden aufgefordert, sich für folgenden Beschluss ein-
13 zusetzen:
14 **Stärkung**
15 Die BVV Mitte wolle beschließen:
16 Ein Kinder- und Jugendparlament für 9- bis 21-Jährige
17 einzurichten.
18 a) Das Kinder- und Jugendparlament wird durch einen
19 Geschäftsführer geleitet. Ein Büro mit entsprechender
20 Technik wird im Rathaus eingerichtet.
21 b) Die Wahlperiode beträgt ein Jahr.
22 c) Eine Geschäftsordnung wird selbst angefertigt wer-
23 den. Sollte Änderungsbedarf bestehen, wird eine 2/3-
24 Mehrheit des Kinder- und Jugendparlamentes benötigt,
25 um die Geschäftsordnung zu ändern.
26 d) In einer Wahlperiode kann das Kinder- und Jugend-
27 parlament bis zu fünf Plenarsitzungen durchführen.
28 e) Zudem bietet es sich an, Honorarkräfte einzustellen,
29 die den Kindern- und Jugendlichen die helfende Hand
30 reichen und beratende Funktionen z.B. in AGs einneh-
31 men.
32 f) Plenarsitzungen werden im BVV-Saal stattfinden und
33 während der Schulzeit durchgeführt, im Zeitraum von
34 10 – 15 Uhr. Der Geschäftsführer sowie die Honorarkräf-
35 te begleiten die Plenarsitzungen.
36 g) Das Kinder- und Jugendparlament bietet zudem ein
37 Antrags- und Rederecht zu ihren Anträgen, in der BVV
38 und das Recht, Plenarsitzungen der BVV zu besuchen,
39 was wiederum die Möglichkeit bietet, geschäftliche
40 Mitteilungen zu tätigen.
41 h) Die BVV verpflichtet sich dazu, die Meinung des
42 Landeskinder- und Jugendparlamentes mit in politische
43 Entscheidungen für Kinder und Jugendliche einzubin-
44 den.
45 i) Der Grundhaushalt von 4000 Euro soll die finanziel-
46 le Unterstützung mittels Geldern für einzelne Projekte
47 nicht einschränken.
48 j) Die Organisationskosten werden 8.000 Euro jährlich
49 betragen und sollten in den Haushaltsplan einberech-
50 net werden.

Annahme

1 **A13/II/2019**
2 **01/02 Alexanderplatz**
3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
4
5
6 **Modellprojekt Dach- und Fassadenbegrünung am**
7 **Alexanderplatz**
8 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Bezirksamt
9 Mitte sowie die SPD Fraktion in BVV Mitte setzen sich
10 für ein Modellprojekt und eine stärkere Dachbegrünung
11 im Bezirk Mitte ein. Die Erkenntnisse des Modellpro-
12 jektes sollen dann auf weitere Gebäude des Bezirkes
13 oder der städtischen Wohnungsbaugesellschaften
14 angewendet werden. Daraus soll ein Masterplan
15 Dachbegrünung in Berlin entwickelt werden.
16
17 Begründung:
18 Dachbegrünung ist ein wichtiger Baustein für eine öko-
19 logische Stadt. Die Pflanzen auf dem Dach reinigen die
20 Luft, da sie Staub und Luftschadstoffe herausfiltern. Das
21 Substrat speichert Regenwasser und entlastet die Kana-
22 lisation. Im Winter wirken Dachbegrünungen wie eine
23 zweite isolierende Haut und helfen, Heizenergie zu spa-
24 ren. Im Sommer halten sie die Räume darunter kühler.

Annahme

25 **A25/II/2019**
26 **01/16 Grünes Dreieck**
27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
28
29
30 **(Mieter) Fördern und (Vermieter) Fordern! Wohn-**
31 **raum unter politische Kontrolle bringen: Landesamt**
32 **für Wohnen einrichten!**
33
34
35 Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnis-
36 sen eines jeden Menschen. Vor dem Hintergrund zuneh-
37 mender Wohnungsknappheit im Ballungsraum Berlin
38 und exorbitanten Preissteigerungen auf dem Mietwoh-
39 nungsmarkt, ist die Sicherstellung dieses Grundbedürf-
40 nisses für breite Bevölkerungsschichten nicht oder nur
41 unter extremen ökonomischen und psychischen An-
42 strengungen möglich. Die Problematik beschränkt sich
43 nicht allein auf Menschen in besonderen Lebenslagen
44 und einkommensschwache Haushalte, sondern stellt
45 mittlerweile auch Haushalte mit mittleren Einkommen
46 vor existentielle Probleme.
47
48 Die Ursachen sehen wir in einer fehlgeleiteten (Neo-
49)Liberalisierung des Mietrechts und eklatanten woh-
50 nungspolitischen Fehlentscheidungen der vergange-
51 nen 30 Jahre: ein falsch konzipierter sozialer Woh-
52 nungsbau mit rückläufigen Beständen, der Verkauf
53 kommunaler Wohnungsbestände, die Aufhebung der
54 Wohnungsgemeinnützigkeit, der an Höchstgebieten
55 orientierte Verkauf öffentlicher Liegenschaften an pri-

Annahme

1 vate und nicht gemeinnützige Investoren, der Spekula-
2 tion mit Grundstücken und Baugenehmigungen, dem
3 Handeln von Wohnungsbeständen an den Finanzmärk-
4 ten und den aus diesen Praktiken resultierenden Miet-
5 preiserhöhungen bei Neuvermietung und Modernisie-
6 rungen.
7
8 Die Überlassung der Wohnungsfrage an Mechanismen
9 des Marktes ist nicht nur ein handfestes ökonomisches
10 und oft existentielles Problem der Betroffenen, sondern
11 bedeutet auch die Entpolitisierung der Wohnungs-
12 politik. Wohnungspolitische Fragen werden oft gar nicht
13 mehr als politische Fragen begriffen, sondern zu indivi-
14 duellen und persönlichen Problemen von Marktteilneh-
15 mern erklärt.
16
17 Die Folgen dieser Politik der Unterlassung sind sicht-
18 bar geworden: immer mehr Menschen werden durch
19 die Mietsteigerungen oder Umwandlungen aus ihren
20 Mietverträgen gedrängt, finden nur schwer oder kei-
21 nen leistbaren Wohnraum mehr und sind damit ent-
22 weder zeitweise oder dauerhaft von Wohnungslosigkeit
23 bedroht oder betroffen. Der Paritätische Wohlfahrtsver-
24 band spricht von schätzungsweise 50.000 wohnungslo-
25 sen Menschen in Berlin, dabei ist eine wesentlich höhe-
26 re Dunkelziffer zu vermuten. Wer erstmal seinen Miet-
27 vertrag verloren hat, dem fällt es unter diesen Bedin-
28 gungen schwer, sich gegen eine Vielzahl an Bewer-
29 ber*innen durchzusetzen. Diese Zustände wollen wir
30 nicht länger hinnehmen. Wohnen bedeutet Selbstbe-
31 stimmung, Sicherheit, Begegnung und Teilhabe an der
32 Gesellschaft.
33
34 Unser Ziel ist es, dieses Segment der Daseinsvorsor-
35 ge stärker unter staatliche und politische Kontrolle
36 zu bringen. Unter anderem sind immobilienwirtschaft-
37 liche Marktprozesse durch verpflichtende Datenerhe-
38 bung transparent zu machen und Verstöße gegen woh-
39 nungspolitische Regularien zu sanktionieren.
40
41 Eine solche Wohnungswirtschaftsaufsicht ist in Berlin
42 auf Landesebene in einem neu zu schaffenden Lan-
43 desamt für Wohnen zu verankern. Die neue Behörde
44 ist im Verantwortungsbereich der Senatsverwaltung für
45 Stadtentwicklung angesiedelt, kooperiert mit den Be-
46 zirken und unterstützt sie bei der Rechtsdurchsetzung
47 sowohl inhaltlich als auch personell.
48
49 Die oben genannten Ziele erreicht das Landesamt für
50 Wohnen durch die Umsetzung vier primärer Aufgaben-
51 bereiche:
52
53 • Wohnungsregister:
54 Mit der Schaffung eines Wohnungsregisters soll
55 Transparenz über den verfügbaren Wohnraum, vor-
56 handene Mietverhältnisse und ihre ökonomischen
57 Bedingungen einschließlich der Eigentumsverhält-
58 nisse entstehen. Dabei sind die Eigentumsverhält-

1 nisse vollständig zu erfassen und jegliche Vertrags-
 2 und geplante Nutzungsänderungen verpflichtend
 3 an das Landesamt zu übermitteln. Eine detaillierte
 4 Mietpreissammlung zum Zwecke der Preisüberwa-
 5 chung und Preisbildung wird angelegt.
 6 Durch die hierdurch entstandene transparente Ge-
 7 samtübersicht, lassen sich systematische Verstöße
 8 gegen Mietrecht und Mietpreisregulierungen durch
 9 Eigentümer größerer Wohnungsbestände leichter
 10 erkennen und sanktionieren.
 11
 12 • Mietpreiskontrolle:
 13 Mit einer systemischen Mietpreiskontrolle setzt
 14 die Behörde Maßstäbe für sozial verantwortbare
 15 Mietgrenzen, die in ein neues Regelwerk im Sin-
 16 ne eines erweiterten Mietspiegels einfließen kön-
 17 nen. Dadurch wird ein Instrumentarium geschaffen,
 18 mit dem Mietobergrenzen und Mietsenkungen ver-
 19 antwortbar begründet werden können.
 20
 21 • Durchsetzung Zweckentfremdungsverbot:
 22 Durch den Gesamtüberblick über Wohnungsbe-
 23 stände infolge einer transparenten Datenlage be-
 24 kämpft das Landesamt Zweckentfremdung ent-
 25 schieden und mit der Perspektive, zweckentfrem-
 26 deten Wohnraum wieder einer sozialen Nutzung
 27 zuzuführen.
 28
 29 • Präventionsarbeit:
 30 Das Landesamt verhindert und bekämpft Woh-
 31 nungslosigkeit und Obdachlosigkeit entschieden
 32 und nachdrücklich. Eine Basis für diese Präventi-
 33 onsarbeit ist die Etablierung von Regeln für einen
 34 transparenten Informationsfluss hinsichtlich miet-
 35 rechtlicher Kündigungen und drohender Zwangs-
 36 räumungen. Hierdurch wird das Ziel verfolgt, Mie-
 37 ter und Vermieter dabei zu unterstützen außerge-
 38 richtliche Einigungen herbeizuführen.

39 **A28/II/2019**
 40 **01/17 Brunnenviertel**
 41 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 42
 43
 44 **Was passiert bis die Kräne kommen? Übergangs-**
 45 **lösungen das Gelände des ehemaligen Diesterweg-**
 46 **Gymnasium schaffen**
 47
 48 Die Mitglieder der BVV Fraktion und des Bezirksamtes
 49 werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die un-
 50 haltbare Situation rund um das Gelände des ehema-
 51 ligen Diesterweg-Gymnasiums umgehend verbessert
 52 wird.
 53 Hierzu gehören:
 54 • Absicherung des Gebäudes, so dass dieses nicht
 55 mehr unbefugt betreten werden kann

Annahme

- 1 • Einrichtung eines Wachdienstes für das Gebäude
 2 und das umliegende Gelände
 3 • Reparatur der Laternen an den Durchwegungen
 4 • Regelmäßige Beseitigung des anfallenden Mülls.
 5 Hier ist zu prüfen ob dies durch die BSR, die auch
 6 die Pflege der Grünflächen auf der Swinemünder
 7 Straße erfolgreich übernommen hat, durchgeführt
 8 werden kann.
 9 • Eine abschließende Klärung im Bezirksamt, zwecks
 10 Zuständigkeiten und deren öffentliche Bekannt-
 11 gabe inkl. der Benennung einer zuständigen An-
 12 sprechperson für alle Anliegen, die mit dem Gelän-
 13 de und Gebäude zu tun haben
 14 • Erstellung eines Konzeptes zur temporären Nut-
 15 zung des bisher von der Musikschule Fanny Hensel
 16 genutzten Gebäudes
 17

- 18 **A30/II/2019**
 19 **01/23 Rehberge**
 20 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 21
 22
 23 **Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel**
 24 **gemeinsam im Kiez umsetzen!**
 25
 26 Im April 2018 wurden endlich die folgenden Straßen-
 27 umbenennungen im Afrikanischen Viertel durch die Be-
 28 zirksverordnetenversammlung beschlossen:
 29 Die Lüderitzstraße in Cornelius-Frederiks-Straße, der
 30 Nachtigalplatz in Manga Bell-Platz, die Petersallee von
 31 der Müllerstraße bis zum Nachtigalplatz (Manga Bell-
 32 Platz) (Haus-nummern 1 – 26) in Anna-Mungunda-
 33 Allee und vom Nachtigalplatz bis zur Windhuker Straße
 34 (Hausnummern 27-34) in Maji-Maji-Allee.
 35 Nachdem die Veröffentlichungen der Umbenennungen
 36 im Amtsblatt erfolgt sind, bitten wir die sozialdemo-
 37 kratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversamm-
 38 lung und des Bezirksamts, die folgenden Maßnahmen
 39 auf den Weg zu bringen, um die Umbenennungen posi-
 40 tiv zu begleiten:
 41 Bereitstellen von mobilen Einheiten des Einwohnermel-
 42 deamtes zu Adressänderung für die Anwohner*innen
 43 und Bewerbung des Datums der mobilen Einheiten per
 44 Post
 45 • Die Einrichtung eines Fonds beim Bezirksamt mit
 46 dem Zweck durch die Straßenumbenennungen an-
 47 fallende Kosten für die Anwohner*innen (für Haus-
 48 nummern, Änderungen im KfZ-Schein, etc.) zu
 49 übernehmen sowie ein Umbenennungsfest zu fi-
 50 nanzieren, zu dem auch die Nachfahren der zu
 51 Ehrenden Straßennamensgeber*innen eingeladen
 52 werden.
 53 • Einsetzen einer Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen
 54 am Prozess interessierter Verbände, hier vor al-
 55 lem: Berlin Postkolonial, ISD sowie Pro Afrikani-

Annahme

1 sches Viertel. Ziele der Arbeitsgruppe sollen das Er-
 2 stellen eines Textes für Infotafeln und die Planung
 3 des Umbenennungsfestes sein.
 4
 5

6 **A32.1/II/2019**
 7 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**
 8 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 9
 10
 11 **Klimaschutz**
 12 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksver-
 13 ordnetenversammlung und des Bezirksamts werden
 14 aufgefordert, bei allen zukünftigen Entscheidungen
 15 deren mögliche Auswirkungen auf das Klima und
 16 die Umwelt sowie daraus resultierende zusätzliche
 17 Treibhausgasemissionen und/oder Einsparpotentiale
 18 zu berücksichtigen, um die Klimakrise und deren
 19 Folgen zu begrenzen oder abzuschwächen. Zusätzliche
 20 Emissionen müssen mit Einsparungen an anderer Stelle
 21 verbunden werden und müssen vereinbar sein mit den
 22 Einsparvorgaben des Pariser Klimaabkommens.

Annahme

Anträge an den Landesparteitag

23 **A2/II/2019**
 24 **01/07 Bellevue**
 25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 26
 27
 28 **Schulausstattung: Leitungsgebundene Wasserspender**
 29
 30 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der
 31 BVV'en sowie der Bezirksämter sowie die sozialdemo-
 32 kratischen Mitglieder des Senats von Berlin und des
 33 Abgeordnetenhauses auf, alle Grund- und weiterfüh-
 34 renden Schulen Berlins noch in dieser Legislaturperi-
 35 ode finanziell dabei zu unterstützen, leitungsgebun-
 36 dene Wasserspender für alle Schüler*innen sowie das
 37 Schulpersonal aufstellen zu können.

Annahme

38 **A4/II/2019**
 39 **01/09 Panke-Kiez**
 40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 41
 42
 43 **Segregation im Berliner Schulsystem bekämpfen**
 44 Die soziale Segregation im Berliner Schulsystem zeigt
 45 sich darin, dass wir zahlreiche Schulen haben, die
 46 überwiegend von Kinder aus ärmeren Familien besucht

Annahme

1 werden, während es an anderen Orten in der Stadt
2 Schulen gibt, die fast ausschließlich von Familien aus
3 der Mittelschicht aufgesucht werden. Die Ursachen
4 der Segregation sind vielschichtig und dennoch stellen
5 immer mehr Studien einen Zusammenhang zwischen
6 dem Grad der Segregation in Schulen und den Ergeb-
7 nissen in Leistungsvergleichen fest: je durchmischter
8 die Klasse, desto besser die Leistung, vor allem der
9 benachteiligten Schüler*innen. Somit leistet die Durch-
10 mischung der Berliner Schulen einen Beitrag zu deren
11 Qualität und muss eines der zentralen Ziele der Berliner
12 Bildungspolitik bleiben.

13 Im vergangenen Jahrzehnt haben wir mit der Schul-
14 strukturreform einen entscheidenden Schritt auf dem
15 Weg zu mehr Durchmischung getan, die zeitgleiche Re-
16 form der Mittelzuweisung (Personal für Sprachförde-
17 rung, Bonusprogramm, Zulage für Lehrkräfte) ist eben-
18 falls ein wichtiger Baustein gewesen. Wir müssen auf
19 dieser Grundlage weiter aufbauen und nächste Schritte
20 im Sinne einer verstärkten Durchmischung an Berliner
21 Schulen gehen.

22 In diesem Sinne werden die sozialdemokratischen Mit-
23 glieder des Abgeordnetenhauses und des Senats aufge-
24 fordert, folgende Maßnahmen noch in dieser Legislatur
25 auf den Weg zu bringen:

26 **1. Stärkung der gymnasialen Oberstufen im Verbund**

27 Die Schulstrukturreform der Nullerjahre und die da-
28 mit einhergehende Abschaffung der Hauptschulen war
29 ein entscheidender Baustein für mehr Durchmischung
30 in unseren Schulen. Das Versprechen der Gleichwertig-
31 keit der beiden Säulen der Berliner Bildungslandschaft
32 ist jedoch (noch) nicht zu Ende eingelöst. Insbesonde-
33 re sind die Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Ge-
34 meinschaftsschulen (GemS) ohne eigene Oberstufe in
35 den Fokus zu rücken. Wir müssen anerkennen: ISS und
36 GemS mit eigener Oberstufe werden den entsprechen-
37 den Schulformen ohne eigener Oberstufe bevorzugt.
38 Noch in dieser Legislatur soll daher schulgerecht und
39 konzeptionell erreicht werden, dass jede weiterführen-
40 de Schule selbst und nicht nur durch Kooperation mit
41 Oberstufenzentren (OSZ) zu allen Abschlüssen führt.
42 Dies kann sie entweder in Form einer eigenen Oberstu-
43 fe, im Verbund mit weiteren ISS/GemS oder im Verbund
44 mit einem OSZ machen. Die bisherige rein kooperative
45 Form der Zusammenarbeit zwischen OSZ und ISS hat
46 sich im Kampf gegen Segregation an Schulen als hinder-
47 lich erwiesen und ist daher abzulehnen.

48 Der Ausbau der Verbundoberstufen, gerade in Regionen
49 in schwieriger Lage muss, strategisch von den Schulauf-
50 sichten begleitet werden. Dazu gehört auch die Klärung
51 des bezirklichen Konfliktes zwischen der Schaffung von
52 Schulplätzen im allgemeinbildenden Bereich auf der ei-
53 nen Seite und Schaffung der Oberstufenplätze auf der
54 anderen Seite.

55 **2. Gleichlaufende Förderung innerhalb der GemS/ ISS- 56 Säule**

57 Sozialdemokratische Politik darf die Gemeinschafts-
58 schulen und Integrierte Sekundarschulen nicht gegen-

1 einander ausspielen. Beide verfolgen ein gemeinsames
 2 Ziel. Unser politisches Ziel für die Zukunft bleibt die
 3 Gemeinschaftsschule. Jedoch gilt es die bestehenden
 4 GemS und ISS im Gleichschritt weiterzuentwickeln und
 5 sie zu einer gemeinsamen, starken dem Gymnasium
 6 gleichgestellten Säule zu entwickeln. Anknüpfend an
 7 den Beschluss 106/I/2019 soll die Stärkung der gemein-
 8 samen ISS/GemS-Säule in dieser Legislatur folgende
 9 Punkte beinhalten:
 10 – GemS werden bei Neugründungen von Schulen be-
 11 sonders berücksichtigt,
 12 – freiwillige Fusionen von Grundschulen und ISS zu Ge-
 13 meinschaftsschulen werden von Schulaufsichten posi-
 14 tiv begleitet,
 15 – diejenigen GemS und ISS, die sich besonders der Inklusio-
 16 n widmen, bekommen entsprechende personelle Un-
 17 terstützung,
 18 – der Zugang zu GemS und ISS wird jeweils kritisch be-
 19 trachtet und ggf. im Sinne einer höheren Durchlässig-
 20 keit reformiert.

21 **3. Neue Sozialindizes müssen her**

22 Das sozialdemokratische Leitprinzip „Beste Schulen in
 23 schwieriger Lage“ heißt in der Praxis, dass die finanzielle
 24 und personelle Ausstattung der Schulen sich an der so-
 25 zialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler
 26 orientiert. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben wir
 27 immer wieder nach diesem Ansatz agiert: sei es die per-
 28 sonelle Ausstattung, die Schulen in schwieriger Lage
 29 erheblich mehr Personal zumisst, das Bonusprogramm,
 30 das den Schulen mehr Geld zur freien Verfügung ge-
 31 währt oder die finanzielle Zulage für Lehrkräfte, die an
 32 Schulen in schwieriger Lage arbeiten – immer bildet der
 33 Sozialindikator die Grundlage für die besondere Mittel-
 34 zuweisung.

35 Auch zukünftig soll sich die sozialdemokratische Bil-
 36 dungspolitik an diesen Kriterien orientieren. Der ak-
 37 tuelle Sozialindikator LmB (der die Anzahl der bisher
 38 lernmittelbefreiten SchülerInnen wiedergibt) wird je-
 39 doch wegen der eingeführten Lernmittelfreiheit gene-
 40 rell wegfallen. Daher ist jetzt der richtige Zeitpunkt,
 41 um einen stabilen, möglichst fehlerresistenten Faktor
 42 zu etablieren. Das alleinige Erfassen der Berlinpass-
 43 Inhaber reicht dabei nicht. Insbesondere soll bei der Ein-
 44 führung des Indikators darauf geachtet werden, dass
 45 sich der Aufwand für die Schulen im Rahmen hält und
 46 dass auch das Spektrum der Kriterien über den reinen
 47 Transferleistungsempfängerkreis hinaus geweitet wird.
 48 Als Vorbild kann dabei der Hamburger Sozialindex die-
 49 nen.

50 **4. Schulentwicklung an Schulen in schwieriger Lage**

51 Die datenorientierte Schul- und Unterrichtsentwick-
 52 lung ist das Kernstück des aktuellen Qualitätspakets der
 53 Senatsverwaltung für Bildung. Das Ziel ist es dabei, alle
 54 Berliner Schulen darin zu stärken, kritisch auf die eige-
 55 nen Ergebnisse zu schauen und sich auf dieser Grundla-
 56 ge konkrete, messbare Ziele für Schul- und Unterrichts-
 57 entwicklung zu stecken. Schulen in schwieriger Lage
 58 werden jedoch mehr brauchen als nur das Indikatoren-

1 modell. Sie brauchen zeitliche Ressourcen für ihre Lehr-
 2 kräfte, professionelle Begleitung und ein ausreichendes
 3 Budget, mit denen die Schulen selbst zu ihrer jeweili-
 4 gen Situation passende zusätzliche Angebote schaffen.
 5 Nur dann können sie auch die tatsächlichen Motoren
 6 der Schulentwicklung in Berlin werden, die sie laut dem
 7 Leitspruch „Beste Schulen in schwieriger Lage“ sein sol-
 8 len. Die Voraussetzungen für die besondere Stärkung
 9 der Schulen in schwieriger Lage sind bereits mit dem
 10 Haushalt 20/21 bereitzustellen.

11 **5. Auch für Privatschulen gilt das Sonderungsverbot**

12 Unser Grundgesetz ist eindeutig: keine – auch kei-
 13 ne Privatschule – hat das Recht Kinder aufgrund des
 14 Geldbeutels der Eltern abzulehnen. Die Landesregelun-
 15 gen zu Privatschulen – sowohl im Schulgesetz als auch
 16 die Durchführungsverordnung – bilden dieses Ziel je-
 17 doch nicht adäquat ab. Im Sinne des LPT-Beschlusses
 18 86/1/2018 gilt es daher, noch in dieser Legislaturperi-
 19 ode eine verbindliche Schulgeldtabelle für Privatschu-
 20 len einzuführen, die sicherstellt, dass das Schulgeld vom
 21 Einkommen der Eltern abhängt und für Familien ohne
 22 Einkommen kein Schulgeld verlangt wird. Damit stellen
 23 wir sicher, dass auch Privatschulen für alle Familien zu-
 24 gänglich sind. Das Finanzierungsmodell soll zudem im
 25 Rahmen der bisher zur Verfügung stehenden Zuschüsse
 26 eine höhere Zuweisung an Privatschulen ermöglichen,
 27 die verstärkt inklusiv arbeiten und Schüler*innen aus
 28 sozial benachteiligten Familien aufnehmen.

29 **A5/II/2019**

30 **01/15 Gesundbrunnen**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32

33

34 **Pflichtpraktika der Erzieher*innen-Ausbildung ver-** 35 **güten**

36

37 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Se-
 38 nat und im Abgeordnetenhaus, insbesondere die der
 39 SPD Berlin Mitte, werden aufgefordert, sich für die flä-
 40 chendeckende Einführung einer Vergütung des die Aus-
 41 bildung zur/m staatlich anerkannten Erzieher*in ab-
 42 schließenden Berufspraktikums einzusetzen. Eine Ver-
 43 gütung der vorherigen Pflichtpraktika während der Aus-
 44 bildung ist ebenfalls zu prüfen. Zudem muss über Anrei-
 45 ze sichergestellt werden, dass die Kita-Träger auch nach
 46 Einführung einer Vergütung ausreichend Plätze für der-
 47 artige Praktika anbieten, in etwa über die Zuweisung
 48 zusätzlicher zweckgebundener Mittel oder eine anteil-
 49 lige Anrechnung auf den Personalschlüssel.

Annahme

1 **A6/II/2019**
2 **01/16 Grünes Dreieck**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Grundsätze in Wissenschaft und Forschung für die**
7 **Zukunft**
8
9 Wissenschaft und Forschung sind essenziell zur Lösung
10 sowohl der großen internationalen Zukunftsfragen, ge-
11 sellschaftlicher Herausforderungen sowie der zentra-
12 len **Fragen der wachsenden Stadt** Berlin. Berlin hat
13 durch die Dichte und Vielfalt an Wissenschafts- und For-
14 schungsinstitutionen ein unglaubliches Potenzial, das
15 wir in den kommenden zehn Jahren gezielt weiter aus-
16 zubauen werden.
17 Es gilt dieses Potenzial im Sinne der Stadt, ihrer Wis-
18 senschaftler*innen, Forscher*innen, Erfinder*innen und
19 Bewohner*innen zu nutzen. Eine sozialdemokratische
20 Wissenschafts- und Forschungspolitik orientiert sich
21 dabei an den Grundsätzen der vertikalen wie horizon-
22 talen Durchlässigkeit, maximaler Chancengleichheit,
23 Vielfalt bei Gleichwertigkeit und einer breiten demokra-
24 tischen Beteiligung der Betroffenen an Prozessen. Wir
25 wollen Wissenschaft und Forschung im Sinne aller an
26 ihnen Mitwirkenden und Partizipierenden, aber auch im
27 Sinne der Bürgerinnen und Bürger!
28 Es ist die Aufgabe des Staates, die Autonomie von Wis-
29 senschaft und Forschung zu schützen, dabei aber zu-
30 gleich die politischen Rahmenbedingungen für eine po-
31 sitive und progressive Entwicklung zu setzen.
32 Durch die neoliberalen Reformen der vergangenen Jahr-
33 zehnte, die sich in der Wissenschaft in Form des New
34 Public Management niederschlugen und der Theorie ei-
35 nes effektiv administrierbaren, outputorientierten nach
36 wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Wis-
37 senschaftssystems gründeten, wurde Wissenschaft je-
38 doch vielfach nicht nur prekariert, sondern im Wett-
39 lauf um Drittmittel auch in ihrer Freiheit beschränkt.
40 Alle Versuche, die Lehre zu verbessern, mussten in ei-
41 nem derartigen System wenig Erfolge zeitigen. Nur ei-
42 ne solide Grundfinanzierung, ergänzt durch Exzellenz,
43 Drittmittel und kooperative Forschungsvorhaben, kann
44 auch den Querdenker*innen und denen, die an langfris-
45 tigen und weniger kurzfristig outputorientierten Vorha-
46 ben arbeiten, die notwendige Grundlage bieten.
47 Das Land Berlin hat hier bereits **politische Instrumente**,
48 wie beispielweise die Hochschulverträge entwickelt, die
49 sich bewährt haben und weiterhin eine zentrale Rolle
50 in der wissenschaftspolitischen Gestaltung spielen soll-
51 ten.
52 So sind Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen
53 öffentliche Institutionen, die in einem Spannungsver-
54 hältnis zwischen Autonomie von Wissenschaft und For-
55 schung einerseits und den **gesellschaftlichen Bedar-**
56 **fen und gesellschaftlicher Verantwortung** andererseits
57 stehen. Sozialdemokratische Wissenschafts- und For-

Annahme

1 schungspolitik greift entsprechend gestaltend ein, ohne
2 die Autonomie von Wissenschaft und Forschung einzu-
3 schränken.
4 Sozialdemokratische Wissenschafts- und Forschungs-
5 politik bedeutet unabhängige, **kritische Wissenschaft**.
6 Sie rechtfertigt sich aus sich selbst heraus und un-
7 tersteht allein den wissenschaftlichen Prinzipien. Die-
8 se Aussage klingt selbstverständlich, ist es aber nicht.
9 Tatsächlich ist Forschung mehr und mehr zahlreichen
10 Abhängigkeiten ausgesetzt, von denen manche sich
11 kurzfristig nicht vermeiden lassen, etwa bei der Fi-
12 nanzierung, bei der allerdings selbst Aufholbedarf be-
13 steht. Aber eine Wissenschaft, die nur solche Ergebnis-
14 se „produzieren“ soll, die von Auftraggebern gewünscht
15 sind, ist Pseudo-Wissenschaft. Das Bild einer unabhän-
16 gigen Wissenschaft gerät stärker unter Druck. Selbst
17 Grundsätze, die vor kurzem noch als selbstverständ-
18 lich galten, sind es heute nicht mehr. So hat die CDU-
19 Wissenschaftsministerin Anja Karliczek ein Verständ-
20 nis von Wissenschaft und Forschung, nach dem es vor-
21 nehmlich darum geht konkrete Ergebnisse zu produ-
22 zieren, die so sofort verwendbar sind – am besten für
23 die Wirtschaft. Doch so funktioniert Wissenschaft nicht:
24 Wissenschaft braucht Grundlagenforschung und die
25 Freiheit Erkenntnisse zu produzieren, selbst wenn diese
26 für niemanden wirtschaftlich verwertbar sind. Wissen-
27 schaft ist kein Zulieferbetrieb für die Wirtschaft. Wis-
28 senschaft ist Erkenntnisgewinn und kritisches Denken.
29 Wissenschaft und Forschung dienen nicht nur wenigen,
30 vielmehr stehen Wissenschaft und Forschung auf der
31 einen Seite sowie Gesellschaft auf der anderen Seite
32 in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Es ist
33 verlässlich nachgewiesen, dass Wissenschaft und For-
34 schung nachhaltig auf die Arbeitsplatzentwicklung in
35 den Regionen wirken und große Auswirkung auf das
36 Wirtschaftswachstum haben. Dabei entstehen Arbeits-
37 plätze auf allen Qualifikationsniveaus und Löhne stei-
38 gen. Darüber hinaus hat Wissenschaft und Forschung
39 in der Region einen großen Anteil am Bildungsaufstieg
40 bislang ausgegrenzter gesellschaftlicher Gruppen. Die
41 Ergebnisse von Forschung können ALLE Arbeitsplätze
42 gesünder und nachhaltiger gestalten. Dabei gehen So-
43 zialforschung und technische Innovation idealerweise
44 Hand in Hand. Ohne Wissenschaft und Forschung wer-
45 den wir weder die regionalen Probleme z.B. des Verkehrs
46 und der Energieversorgung oder der Partizipation und
47 des sozialen Zusammenhalts noch die globalen Proble-
48 me der Friedenssicherung oder des Klimawandels lösen
49 können. Digitalisierung und Automatisierung, Künstli-
50 che Intelligenz und Welthandel, Inklusion und Gleich-
51 stellung – für ihre progressive Gestaltung brauchen wir
52 Wissenschaft.
53 Die deutsche Wissenschaft, und Berlin mit an der Spitze,
54 sind hocheffektiv im internationalen Vergleich. Mit
55 dem Zukunftsvertrag ist der Bund dauerhaft und ver-
56 lässlich in die Finanzierung der Hochschulen eingestie-
57 gen. Das ist auch ein Erfolg sozialdemokratischer Ver-
58 handlungserfolge. Trotzdem ist ein „Mitspielen“ in der

1 Weltspitze auf diesem Niveau nicht nachhaltig zu er-
2 reichen. Während andere große Industrienationen bis
3 zu 2,5 % ihres Bruttosozialproduktes in Wissenschaft
4 und Forschung investieren, ist Deutschland mit 1,2 %
5 weit hinter her. Dabei gibt es unter den Spitzenrei-
6 tern Staaten, in denen der Anteil der privaten Finanzie-
7 rung über Stiftungen, Schenkungen aber auch Studien-
8 gebühren, die weitgehend die Mittelschicht aufbringt
9 und sich dafür verschuldet hoch ist, aber auch solche
10 Staaten, die Bildung sowie Wissenschaft und Forschung
11 grundsätzlich als Aufgabe der staatlichen Daseinsvor-
12 sorge betrachten und öffentlich finanzieren. Letztere
13 sollte sich Deutschland zum Vorbild nehmen und den
14 Anteil für Wissenschaft und Forschung am BIP deut-
15 lich steigern. Studiengebühren sind dabei in jeglicher
16 Form abzulehnen, da für eine soziale und demokra-
17 tische Gesellschaft ein durchlässiges Bildungssystem
18 grundlegend notwendig ist und eine Erosion der Mittel-
19 schicht durch Verschuldung katastrophale gesellschaft-
20 liche Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
21 mit sich bringt.

22 **Situation in der Berliner Wissenschafts- und For-** 23 **schungspolitik**

24 In der Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik
25 finden die beschriebenen sozialdemokratischen Grund-
26 sätze bereits jetzt Anwendung. Im bundesweiten Ver-
27 gleich pflegt Berlin eine starke **Kultur des Austausches**
28 **und der Kooperation** zwischen Politik, Stadtgesellschaft
29 und den Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen.
30 Diese gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Insbe-
31 sondere bei der Vernetzung zwischen Hochschulen und
32 Forschungseinrichtungen wollen wir in den kommen-
33 den Jahren einen Schwerpunkt setzen.

34 Doch auch das Verhältnis zwischen Land und Hoch-
35 schulen wollen wir weiter intensivieren, indem wir im
36 Vorfeld der Verhandlungen zu den Hochschulverträgen
37 die gesellschaftlichen und **politischen Präferenzen** der
38 Stadt durch partizipative Elemente stärker integrieren.
39 Die Schwerpunkte eines Hochschulvertrages müssen
40 im Vorfeld sowohl in den Gremien der Hochschulen als
41 auch im Parlament beraten werden. Ziel ist, eine breite
42 gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen
43 der Hochschulen.

44 So stellen die **Hochschulverträge** nach wie vor für uns
45 das zentrale politische Instrument dar, um die Bedarfe
46 der Stadtgesellschaft in die Hochschulen zu transferie-
47 ren. Durch die bessere finanzielle Situation war es uns in
48 den letzten Jahren möglich, wesentliche gesellschafts-
49 politische Prozesse anzustoßen und Weichen für die Zu-
50 kunft zustellen. Zu nennen sind hier insbesondere die
51 Einrichtung eines Instituts für Islamische Theologie an
52 der Humboldt-Universität zu Berlin, die Einrichtung ei-
53 ner Geschäftsstelle für die neu gegründete Landeskom-
54 mission Duales Studium, eine Erhöhung der Studien-
55 plätze insbesondere in den Bereichen „Soziale Arbeit“,
56 „Erziehung und Bildung im Kindesalter“, „Öffentliche
57 Verwaltung“ und schließlich im Bereich des Lehramts.
58

1
 2 Schließlich hat die SPD dafür gesorgt, dass in den jüngs-
 3 ten Hochschulverträgen 2018 bis 2022 das Land Berlin
 4 seine elf staatlichen Hochschulen und die Charité durch
 5 **Erhöhung der Grundmittel** immens stärkt: Die Verträ-
 6 ge wurden erstmals über einen Zeitraum von fünf Jahre
 7 und mit einem Aufwuchs von 3,5 % p.a. abgeschlossen.
 8 Die Hochschulen erhalten insgesamt 767 Mio. Euro zu-
 9 sätzliche Mittel. Im Jahr 2022 beläuft sich das Gesamt-
 10 volumen damit auf 1,65 Mrd. Euro.

11 Die SPD hat die Arbeitsbedingungen an den Hochschu-
 12 len wesentlich verbessert. Erstmals vereinbart wurde
 13 mit den Hochschulen:

- 14
- 15 • eine fest vereinbarte Mindestquote an Dauerbe-
- 16 schäftigten an jeder Hochschule;
- 17 • Mindestvertragslaufzeiten, die sich an der jeweili-
- 18 gen Projektlaufzeit orientiert;
- 19 • die familienpolitischen Möglichkeiten für
- 20 Haushalts- und Drittmittelbeschäftigte voll-
- 21 umfassend auszuschöpfen;
- 22 • die Karrierewege des wissenschaftlichen Nach-
- 23 wuchses durch das so genannte Tenure-Track-
- 24 Gesetz zu stärken;
- 25 • Mindest-Honorare für Lehrbeauftragte zu zahlen
- 26 sowie den studentischen Tarifvertrag zu erhalten
- 27 und auszubauen;
- 28 • Fremdvergaben zu vermeiden und Ausgründungen
- 29 wie die Betriebsgesellschaft am Botanischen Gar-
- 30 ten in die Hochschule und damit in den TVL zurück-
- 31 zuführen;
- 32 • zudem wurden die Mindeststundenlöhne bei der
- 33 Charité Facility Management (CFM) erhöht und im
- 34 Januar 2019 die CFM zu 100% in öffentliches Eigen-
- 35 tum überführt.
- 36 Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und auch in Zu-
- 37 kunft an der Erreichung unseres Ziels „Gute Arbeit
- 38 in Wissenschaft und Forschung“ arbeiten.
- 39

40 **Berliner Wissenschafts- und Forschungspolitik weiter-**
 41 **entwickeln**

42

43 Gute Arbeit und eine vorausschauende Personalent-
 44 wicklung bleiben zentrale Aufgaben einer sozialdemo-
 45 kratischen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Wir
 46 wissen: Arbeit an Hochschulen ist oft prekär. Das ist
 47 nicht nur fatal für die betroffenen Personen, sondern
 48 führt auch zu einer schlechteren Qualität von Wissen-
 49 schaft und Forschung. Als SPD wollen wir uns in den
 50 kommenden Jahren daher insbesondere für folgende
 51 Maßnahmen einsetzen, um Gute Arbeit und Personal-
 52 entwicklung zu verwirklichen

- 53
- 54 • Wir wollen den wissenschaftlichen Mittelbau wei-
- 55 ter stärken, indem wir attraktive Forschungsstel-
- 56 len neben der klassischen Professur anbieten. Die-
- 57 se sollen dauerhaft eingerichtet werden und sich
- 58 durch wissenschaftlich eigenständiges Arbeiten

- 1 auszeichnen. Damit schaffen wir eine neue Perso-
2 nalkategorie an den Hochschulen.
- 3 • Wir wollen für alle dauerhaft zu erbringenden Ar-
4 beiten Dauerstellen und gleiche Arbeit auch gleich
5 bezahlen. Die Quote an dauerhaft Beschäftigten an
6 den Berliner Hochschulen soll in den kommenden
7 Jahren weiter deutlich erhöht werden.
 - 8 • Ein Bereich, in dem es besonders viele befristet be-
9 schäftigte Mitarbeiter*innen gibt, sind Drittmittel-
10 projekte. Der „Sachgrund“ ist hier, dass die Mittel
11 nur befristet gewährt werden. Gemeinsam mit den
12 Hochschulen wollen wir innovative Arbeitsmodel-
13 le etablieren, durch die gewährleistet werden kann,
14 dass auch Drittmittelprojekte über unbefristet be-
15 schäftigte Forscher*innen durchgeführt werden, z.B.
16 durch so genannten „rolling contract“.
 - 17 • Wir fordern, dass sich Senat und die sozialdemokra-
18 tischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
19 des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass
20 Drittmittel des Bundes nicht zwingend mit befris-
21 teter Beschäftigung des wissenschaftlichen Mittel-
22 baus verbunden werden.
 - 23 • Insbesondere auch die Stellen für die Einwer-
24 bung und Koordination von Drittmitteln sollen als
25 Dauerstellen geführt werden. So bilden sie einen
26 zentralen Bereich des Wissenschaftsmanagements.
27 Ein auf Dauer gestelltes, professionelles Wissen-
28 schaftsmanagement beinhaltet den Vorteil, dass
29 unsere Wissenschaftler*innen und Forscher*innen
30 sich nicht hauptsächlich mit der Akquise zukünftiger
31 Gelder beschäftigen müssen.
 - 32 • Die bisher bereits eingeführten tenure track Stellen
33 haben sich bewährt. Wir wollen diesen Weg weiter
34 gehen, denn er bietet den Wissenschaftler*innen
35 Sicherheit auf dem Weg zur Professur. In Berlin soll
36 es in Zukunft keine Juniorprofessur mehr geben, oh-
37 ne dass die über einen tenure track in einem ge-
38 regelten Verfahren zu einer Professur führt. Dabei
39 muss die Frauenquote für tenure track Stellen 50
40 Prozent betragen. Darüber hinaus wollen wir auch
41 Wege finden, um Stellen aus dem wissenschaftli-
42 chen Mittelbau sinnvoll mit einem tenure track aus-
43 zustatten.
 - 44 • Das Berliner Chancengleichheitsprogramm soll als
45 wichtiges Instrument der Frauenförderung fortge-
46 führt und weiter entwickelt werden.
 - 47 • Die Frauenbeauftragten der Hochschulen wollen
48 wir in ihren Kompetenzen und Ausstattung stärken
49 und geeignete Strukturen wie ein Netzwerk Diver-
50 sity und Antidiskriminierung schaffen, um struktu-
51 reller Diskriminierung umfassend und wirksam zu
52 begegnen.
 - 53 • Wie werden uns dafür einsetzen, dass auch die stu-
54 dentischen Arbeitsbereiche an den Außeruniver-
55 sitären Forschungseinrichtungen in Zukunft nach
56 dem TV Stud bezahlt werden.
- 57
58

1 **Qualität und Selbstbestimmung in Studium und Lehre**
 2 Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir in den kom-
 3 menden Monaten und Jahren beim Thema Qualität und
 4 Selbstbestimmung in Studium und Lehre setzen. 20 Jah-
 5 re nach der Bologna-Deklaration sind ein guter Zeit-
 6 punkt, um erfahrungsbasiert Bilanz zu ziehen und an
 7 den Stellen neu zu justieren, die sich in der Praxis nicht
 8 oder nur unzureichend bewährt haben. Aus sozialde-
 9 mokratischer Sicht sind dahingehend folgende Maß-
 10 nahmen anzugehen:

- 11
- 12 • Ein Jahr „Studium Generale“ für Alle, die das wol-
 13 len. Wir wollen eine Studieneingangsphase bzw.
 14 ein Orientierungsstudium einführen, in der Kurse
 15 aus allen Fachbereichen gewählt werden können
 16 und Prüfungsleistungen auf das später gewählte
 17 Studium angerechnet werden können.
- 18 • Wir wollen den Anteil der Wahlmodule erhöhen,
 19 damit Studierende selbst entscheiden können, wel-
 20 che Schwerpunkte sie innerhalb des Studiums set-
 21 zen.
- 22 • Unabhängige Wissenschaft fängt im Studium an.
 23 Wir bekennen uns zu den Prinzipien: Keine An-
 24 wesenheitspflicht, keine Studiengebühren, volle
 25 Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Master.
- 26 • Wir wollen Wege finden, mit denen wir die Mög-
 27 lichkeiten eines Teilzeitstudiums weiter verbessern
 28 und dadurch auch die Studierenden erreichen, die
 29 faktisch Teilzeit studieren, ohne sich im Teilzeitstu-
 30 dium zu befinden.
- 31 • Zur Förderung einer besseren Anerkennungskultur
 32 von Studienleistungen, implementieren wir die Be-
 33 weisumkehr bei der Anerkennung von Leistungs-
 34 nachweisen anderer Hochschulen, inklusive der im
 35 Ausland erbrachten Studienleistungen.
- 36 • Wir wollen die Studienberatung weiter ausbau-
 37 en, damit es zu noch weniger Studienabbrüchen
 38 kommt.
- 39 • Wissenschaft bedeutet, dass Forschung und Lehre
 40 zusammenkommen. Die Lehre wird grundsätzlich
 41 von didaktisch qualifizierten und für Gleich-
 42 stellungsaspekte und Inklusion sensibilisierte
 43 Professor*innen und wissenschaftlichen Mitar-
 44 beiter*innen ausgeübt. Reine Lehrstellen – zum
 45 Beispiel über Lehrbeauftragte – darf es deshalb
 46 nur ergänzend als Schnittstelle zur Praxis und
 47 in Ausnahmefällen zur Abdeckung kurzfristiger
 48 Sonderbedarfe geben.
- 49 • Wir wollen eine verpflichtende Lehrevaluation, die
 50 in den Gremien der Hochschulen unter besonde-
 51 rer Beteiligung der Studierenden ausgewertet und
 52 mit systematischen Handlungsempfehlungen ver-
 53 sehen werden.

54
 55
 56 **Soziale Lage der Studierenden verbessern, Studiener-
 57 folg absichern**

58 In den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen in

1 Berlin stark gestiegen, von 130.000 Anfang der Nuller
2 Jahre auf über 190.000 zurzeit. Das hat die SPD in Bund
3 und Land unterstützt, zumal wir auf die Fachkräfte ins-
4 besondere im Bereich Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Erzie-
5 hungsberufe, öffentliche Verwaltung inklusive Polizei
6 und Rechtspflege dringend angewiesen sind.

7 In Folge der Einschnitte in der Hochschulfinanzierung
8 vergangener Jahrzehnte – trotz momentaner Aufwüch-
9 se von 3,5% – und in Folge der Bolognaformen
10 sind aber Studiendruck und Arbeitsverdichtung an den
11 Hochschulen gestiegen. Hinzu kommen steigende Le-
12 benshaltungskosten, insbesondere Mieten und daher
13 auch zunehmende Belastung durch Erwerbsarbeit bei
14 Studierenden.

15 Heute nehmen über 40% eines Jahrganges ein Studium
16 auf. Viele Berufe, die früher im Dualen System ausgebil-
17 det wurden, werden heute akademisch gelehrt weil die
18 Komplexität und der Spezialisierungsgrad zu genom-
19 men haben. Akademisierung ist ein wichtiges Thema
20 in der Pflege wie in den Erziehungsberufen aber auch
21 in technischen und anderen Berufsfeldern. Dazu steht
22 die SPD. Die Duale Ausbildung ist neben der akademi-
23 schen Ausbildung die zweite Säule aber die akademi-
24 sche Ausbildung trägt der notwendigen Multiprofessio-
25 nalität vieler Aufgabenfelder Rechnung.

26 Allerdings hat sich durch steigende Mieten und unzu-
27 reichende Anpassung des BAföG die soziale Lage der
28 Studierenden besonders in Metropolen wie Berlin ver-
29 schlechert.

30 Darunter leiden insbesondere die jungen Menschen, die
31 aus dem Elternhaus weder finanzielle Unterstützung
32 noch den Erfahrungshintergrund einer Akademikerfami-
33 lie mitbringen, Studierende mit Kindern und in hö-
34 herem Lebensalter durch längere Bildungswege. Gerade
35 auch in Studiengängen wie der sozialen Arbeit oder der
36 Gesundheitsberufen (ohne Medizin), die bei späterer
37 Berufstätigkeit keine hohen Einkommen erwarten las-
38 sen, was auch Studienfinanzierung durch Kredite nicht
39 zulässt.

40 Hinzu kommt die gestiegene Heterogenität der Studie-
41 rendenschaft auch in Bezug auf Herkunft und Flucht-
42 hintergründe. Für diese Studierendengruppen ist das
43 Angebot vor allem des Studierendenwerks und an-
44 dere niedrigschwellige und kostengünstige Beratungs-
45 und Unterstützungsangebote besonders wichtig. Sozi-
46 alberatung, Arbeitsberatung, psychologische Studien-
47 beratung müssen ausreichend vorgehalten werden. Wir
48 brauchen darüber hinaus Wohnangebote, die auch für
49 Studierende mit Kindern geeignet sind und den interna-
50 tional üblichen Wohnformen entgegenkommen. Hier
51 sind oft mehr günstige WG- oder Wohnheimzimmer
52 mit Gemeinschaftsflächen zu finden als Einzelappar-
53 tements. Wir brauchen Kinderbetreuung, die sich an
54 Tageszeiten und Semesterzeiten anpasst und räumlich
55 günstig zum Studienort liegt. Für alle Angehörigen der
56 Hochschulen kann Wege- und Zeitsparende Organisa-
57 tion des Alltags Studien- bzw. wissenschaftlichen oder
58 beruflichen Erfolg entscheidend beeinflussen. Zeitpoli-

1 tik ist Frauen- und Familienpolitik.
 2 Das Hochschulstudium, insbesondere auch an Fach-
 3 hochschulen oder Hochschulen für angewandte Wis-
 4 senschaft, ist ebenso ein Thema der inklusiven Gesell-
 5 schaft und des Bildungsaufstieges für unsere diver-
 6 se Gesellschaft wie die Förderung aller Kinder in der
 7 Schule und Kita. Es kann nicht mit dem Schulabschluss
 8 Schluss sein und das Studium exklusiv einigen vorbe-
 9 halten sein, während Kinder aus Nichtakademikerfami-
 10 lien oder mit Migrationsgeschichte vor verschlossener
 11 Tür stehen oder nach kurzer Zeit an der hohen Belas-
 12 tung und der unzureichenden Betreuung und Beratung
 13 scheitern.

14 Senat und sozialdemokratische Mitglieder des Abge-
 15 ordnetenhauses sollen sich dafür einsetzen, dass die so-
 16 ziale Lage der Studierenden nachhaltig verbessert wird:
 17

- 18 • Berlin muss sich in Bundesrat und Bundestag wei-
 19 ter dafür einsetzen, dass das BAföG den Lebenshal-
 20 tungskosten der Studierenden auch in Metropolen
 21 angepasst wird.
- 22 • Wir wollen den beispielgebenden Berliner Studenti-
 23 schen Tarifvertrag weiter als Modell auch für außer-
 24 universitäre Forschungseinrichtungen und andere
 25 Bundesländer bewerben.
 26 – Die Angebote des Studierendenwerks sollen be-
 27 darfsgerecht ausgebaut und finanziert werden. Der
 28 von 130.000 auf über 190.000 Studierende und die
 29 gestiegene Heterogenität und Bedarfe an Arbeits-
 30 und Sozialberatung im komplexen deutschen Sys-
 31 tem sowie an psychologischer Beratung ist Rech-
 32 nung zu tragen.
- 33 • Die Forderungen der Studierenden nach ausgewo-
 34 gener, gesunder und klimaschonender Ernährung
 35 sollen weiter aufgenommen werden. Die dazu nö-
 36 tigen Strukturen in Einkauf und Ausstattung der
 37 Mensen und Cafeterien ist zu berücksichtigen.
- 38 • Hochschulnahe Wohnangebote für Studierende –
 39 auch mit Kindern – müssen in vielfältiger Weise
 40 ausgebaut werden. Auch Kinderbetreuung, die sich
 41 in den angebotenen Betreuungszeiten täglich und
 42 vor allem in den Vorlesungszeiten zeitlich und ört-
 43 lich mit dem Studium gut vereinbaren lässt, muss
 44 weiter ausgebaut werden. Hier sind auch die Bedar-
 45 fe des Wissenschaftlichen Personals und der Mit-
 46 arbeitenden in Verwaltung, Technik und Service zu
 47 berücksichtigen.
- 48 • Das ABC-Ticket im Rahmen der Rückmeldegebüh-
 49 ren ist sozial-, verkehrs- und umweltpolitisch ein
 50 großer Erfolg. Bei weiteren Absenkungen der Nah-
 51 verkehrstarife dürfen die Studierenden nicht ver-
 52 gessen werden.

53
 54 **Studentischen Wohnraum schaffen**

55 Berlin hat in den letzten Jahren (auch dank der För-
 56 derung des Bundes) die Zahl der Studienplätze auf
 57 195.000 erhöht, insbesondere im Bereich von Qualifi-
 58 kationen, die dringend in der Stadt benötigt werden,

1 wie die Ausbildung für den öffentlichen Dienst (z.B.
 2 Polizei und Rechtspflege sowie Lehrkräfte, Soziale Ar-
 3 beit, Erziehungsberufe, Pflege- und Gesundheitsberu-
 4 fe) aber auch für die erfolgreiche Start-up-Szene oder
 5 Ansiedlungen in Forschungs- und Entwicklung von Un-
 6 ternehmen. Ob Lebenswissenschaften, Nachhaltigkeit,
 7 Verkehr und Mathematik oder Kulturwissenschaften,
 8 Berlin ist in vielen Bereichen hotspot. Internationalisie-
 9 rung ist eine der Strategien, mit der Berliner Universitä-
 10 ten erfolgreich sind.

11 Damit diese Entwicklung nicht durch Wohnraumman-
 12 gel abgewürgt wird sollen neben den bestehenden Be-
 13 mühungen folgende einzelnen Maßnahmen ergriffen
 14 werden:

- 15
- 16 • Am Campus Schöneberg der HWR soll der Neubau
- 17 für Kita, studentisches Wohnen und Lehrgebäude
- 18 zügig finanziert und umgesetzt werden.
- 19 • Am Campus Lichtenberg der HWR soll zügig der
- 20 Übergang von der BIM ins Fachvermögen der
- 21 Wissenschaftsverwaltung umgesetzt werden. Der
- 22 Campus soll saniert und weiterentwickelt werden
- 23 inklusive der Sportstätten für die Polizeiausbildung
- 24 und ausreichend Wohnraum für Studierende und
- 25 Auszubildende, insbesondere der Polizei und ande-
 26 rer öffentlicher Belange.
- 27 • An den Standorten der Alice-Salomon-Hochschule
- 28 in Hellersdorf und der HTW in Oberschöneweide
- 29 sollen geeignete Grundstücke angekauft werden
- 30 um campusnahe Wohnmöglichkeiten zu schaffen.
- 31 An beiden Standorten ist die Wohnsituation für
- 32 Studierende schwierig, wodurch lange Anfahrten
- 33 nötig sind. Gleichzeitig würde campusnahes Woh-
 34 nen auch der Verankerung der Hochschulen in ihren
 35 Stadtteilen dienen.
- 36 • Bei der Planung für die Beuthhochschule in Tegel
- 37 soll maximal möglicher studentischer Wohnraum
- 38 berücksichtigt werden.
- 39 • An den Standorten der drei Universitäten in Mit-
 40 te, Dahlem und Charlottenburg sollen alle Univer-
 41 sitätseigenen Grundstücke, wie zum Beispiel Park-
 42 plätze und Immobilien darauf hin überprüft wer-
 43 den, ob bei Sanierung oder Umbau – auch kleinteil-
 44 lig – studentischer Wohnraum geschaffen werden
 45 kann. Die Strategie nur big is beautiful muss hin-
 46 terfragt werden. Geeignete Grundstücke in Privat-
 47 besitz oder Besitz des Bundes sollen unter Mitwir-
 48 kung der Hochschulen identifiziert werden, um in
 49 Ankaufgespräche einzutreten.

50

51

52 Bei der Planung studentischen Wohnraums sollen ins-
 53 besondere auch folgende Wohnformen Berücksichti-
 54 gung finden:

- 55
- 56 • Wohnraum für Studierende mit Kind oder Kindern
- 57 • Wohnraum für Studierende mit Behinderung
- 58 • Wohnraum in Form von Wohngemeinschaften mit

- 1 gemeinsam genutzten Küchen und unter Umständen
 2 den Bädern, wie international üblich
- 3 • Gemeinschaftsflächen für Kommunikation und Be-
 - 4 gegnung und sozialräumliche Öffnung
- 5
- 6 Bei der Planung sollen folgende Bauweisen Berücksich-
- 7 tigung finden:
- 8 – Schnellbau mit einfachem Standard für kürzere Nut-
 - 9 zungszeiten, z.B. 30 Jahre auch unter Verwendung von
 - 10 Holzmodulbau
- 11
- 12
- 13 Für die schnelle Umsetzung müssen alle Kooperations-
- 14 partner*innen in der Stadt ins Boot geholt werden. Zu-
- 15 nächst das Studierendenwerk und die Genossenschaf-
- 16 ten, die Hochschulen und mögliche weitere Akteure.
- 17 **Zukünftige nachhaltige Wissenschaftspolitik für Berlin**
- 18 Unsere Berliner Hochschulen sind bundesweit und in-
- 19 ternational in ihren Profilen und ihrer Forschung sehr
- 20 gut aufgestellt. Die Attraktivität zeigt sich vor allem
- 21 auch in dem Zuzug von Wissenschaftler*innen aus der
- 22 gesamten Bundesrepublik und der Welt. Die Strahl-
- 23 kraft wird durch die Berliner Erfolge im Rahmen der
- 24 Exzellenz-Strategie noch gesteigert. Wir als Berliner SPD
- 25 unterstützen unsere Hochschulen auf ihrem erfolgrei-
- 26 chen Kurs und stehen für exzellente Forschung und Wis-
- 27 senschaft – in der Spitze wie in der Breite! Um eine
- 28 gute Mischung zwischen erfolgreicher, autonomer For-
- 29 schung und der Realisierung gesellschaftlicher Bedarfe
- 30 durch nachhaltige **Wissenschaftspolitik** zu realisieren,
- 31 setzen wir uns in den kommenden Jahren für folgende
- 32 Maßnahmen ein:
- 33
- 34 • Senat und die sozialdemokratischen Mitglieder des
 - 35 Abgeordnetenhauses und des deutschen Bundestages
 - 36 sollen sich weiter intensiv für eine dauerhafte
 - 37 und deutlich erhöhte Grundfinanzierung der Wis-
 - 38 senschaft in Deutschland einsetzen
 - 39 • Um Spitzenforschung in der Breite zu garantieren,
 - 40 setzen wir uns auch in Zukunft auf Landesebene
 - 41 für eine hohe und verlässliche Grundfinanzierung
 - 42 der Berliner Hochschulen ein. Die Laufzeit der Hoch-
 - 43 schulverträge soll auch in Zukunft mindestens vier
 - 44 Jahre betragen und mindestens eine 3% Steigerung
 - 45 der Mittel enthalten. Dadurch soll ein gesundes
 - 46 Verhältnis von Grund- zu Drittmittelfinanzierung
 - 47 und die finanzielle Ausstattung weniger drittmittel-
 - 48 begünstigten Bereiche gewährleistet sein. Dar-
 - 49 über hinaus gehende Tarifabschlüsse im öffentli-
 - 50 chen Dienst sollen durch eine Tarifierungsklausel
 - 51 ausgeglichen werden, damit eine gute Tarifierung
 - 52 nicht zu Lasten der qualitativen Entwick-
 - 53 lung der Hochschulen und der Qualität der Lehre
 - 54 geht.
 - 55 • Die Studienplatzkapazitäten wollen wir erhalten
 - 56 und insbesondere die Bereiche stärken, in denen ein
 - 57 gesellschaftlicher Bedarf besteht. Für Berlin bedeu-
 - 58 tet dies in den nächsten Jahren weiterhin den Be-

- 1 reich „Soziale Arbeit“, Lehramt sowie insbesondere
2 auch die Gesundheitsberufe zu stärken.
- 3 • Der Bedarf an Lehrkräften wird auch in den kom-
4 menden Jahren hoch sein. Sowohl fachwissen-
5 schaftlich als auch pädagogisch bzw. erziehangs-
6 wissenschaftlich gut ausgebildete Lehrkräfte sind
7 der entscheidende Faktor für die Leistungsfähig-
8 keit unseres Schulsystems. Um den Lehrkräftebe-
9 darf an den Berliner Hochschulen in angemesse-
10 ner Quantität und Qualität gerecht zu werden, wol-
11 len wir neben dem Ausbau der Studienplatzkapazi-
12 täten die zentralen „Schools of Education“ an den
13 Berliner Universitäten stärken und mit eigenen Pro-
14 fessuren und eigenen Lehramtsstudiengängen aus-
15 statten. Durch eine Stärkung der Fachdidaktiken
16 soll zudem sichergestellt werden, dass Schule als
17 Lernort für Demokratie verstanden wird und Fragen
18 der Unterrichtskultur und der Mitbestimmung von
19 Schüler*innen stärkeren Eingang in die Lehrkräf-
20 teausbildung finden. Wir werden die Abstimmung
21 zwischen den lehrkräfteausbildenden Universitä-
22 ten weiter ausbauen, Übergänge erleichtern, Be-
23 ratung und Betreuung der Studierenden ausbauen
24 und das Lehrpersonal gezielt weiterbilden für die
25 Erfordernisse des Berliner Schulsystems. Lehrkräf-
26 teausbildung hat für die SPD absolute Priorität.
 - 27 • Neu gegründet werden soll eine Akademie für das
28 Wissenschaftsmanagement, um den gestiegenen
29 Anforderungen und Komplexität im Wissenschafts-
30 system auch personell besser Rechnung zu tragen.
 - 31 • Um Qualität statt Quantität in Wissenschaft und
32 Forschung zu stärken, werden wir uns im Rahmen
33 unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, den in den
34 letzten Jahren entstandenen „Publikationswahn“
35 Einhalt zu gebieten. Statt politisch Anreize für lan-
36 ge Publikationslisten zu setzen, wollen wir eine Kul-
37 tur stärken, die die Quantität von Publikationen als
38 Reputationsfaktor hin zu anderen Qualitätskriteri-
39 en verschiebt. Gesellschaftliche Relevanz von For-
40 schungsergebnissen und Einbindung in die Stadt-
41 gesellschaft sollen stärker honoriert werden.
 - 42 • Ebenfalls im Rahmen der Grenzen der Hochschul-
43 autonomie wollen wir die Berufungskriterien und
44 -verfahren transparenter gestalten. Zu überlegen
45 ist auch, inwieweit die Hochschulen dazu ermu-
46 tigt werden können, die Berufungsverfahren und
47 die Zusammensetzung der Kommissionen neu zu
48 strukturieren, indem diese sich beispielsweise per
49 Los aus einem Pool von möglichen Mitgliedern re-
50 krutieren.
 - 51 • Ziel ist eine geschlechterparitätische Besetzung der
52 Gremien, die aber in Fächern, in denen Frauen stark
53 unterrepräsentiert sind, nicht zu einer Überlastung
54 der Frauen führen darf. Hier sind geeignete Wege
55 der Unterstützung und Kompensation zu finden.
 - 56 • Im Fall von Berufungsverfahren, die beispielswei-
57 se durch Frauenbeauftragte oder Diversity oder An-
58 tidiskriminierungsstellen beanstandet werden, soll

1 es einen zügigen Clearingprozess geben, bevor der
2 Ruf erteilt wird.

3

4 Die ausgeprägte Kooperationskultur und Vernetzung in
5 der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft
6 wollen wir weiter stärken. Während wir in den letzten
7 Jahren bei der Wissenschaftspolitik bereits Einiges er-
8 reicht und bewegt haben, gilt es in den kommenden
9 Jahren den Fokus vor allem auf die **Forschungspolitik** zu
10 richten. Die Berlin University Alliance bietet für den Wis-
11 senschaftsstandort Berlin eine einmalige Chance für die
12 Zukunft um in Berlin eine im besten Sinne soziale, nach-
13 haltige und demokratische Forschungspolitik, die sich
14 insbesondere den Bereichen „Sozial-ökologische Trans-
15 formation“, „Arbeit 4.0 / KI“ und „Gesundheit / Wohl-
16 befinden“ widmet. Dazu werden wir folgende Maßnah-
17 men ergreifen:

18

19

- 20 • Wir bekennen uns dazu, dass gesellschaftsrelevan-
21 te Themen Kernbereiche der Forschung darstellen.
22 Die Entwicklung der Arbeit der Zukunft, die Di-
23 gitalisierung, das autonome Fahren, Stärkung der
24 Nachhaltigkeit, Biodiversität, Friedens- und Kon-
25fliktforschung, vorausschauende Stadtentwicklung
26 und die Erforschung des Umgangs mit dem Kolo-
27 nialismus sind nur einige Beispiele dafür.
- 28 • Mit der strategischen Neuausrichtung der Inter-
29 disziplinären Forschungsverbünde werden wir
30 ab 2020 ein Förderinstrument des Landes haben,
31 wodurch gezielt die Forschungsprojekte für eine
32 sozial-ökologische Stadtentwicklung unterstützt
33 und Anregungen für Forschungsbedarfe aus der
34 Stadtgesellschaft aufgenommen und integriert
35 werden können.
- 36 • Wir fördern gezielt auch solche Fachbereiche, die
37 nicht dem Mainstream entsprechen und eher we-
38 niger Drittmittel einwerben können, weil sie nicht
39 unmittelbar der Wirtschaft nützen. Dies gilt in be-
40 sonderer Weise für gesellschafts- und sozialwissen-
41 schaftliche Themen.
- 42 • Die Öffnung hin zur Gesellschaft bedeutet auch die
43 Rahmenbedingungen für Ausgründungen zu ver-
44 bessern und Studierenden den Weg von Forschung
45 und Wissenschaft hin zu Startups bzw. Unterneh-
46 mensgründung zu erleichtern.
- 47 • Wo es die beteiligten Akteur*innen wünschen, wol-
48 len wir die Vernetzung und den Wissenstransfer
49 zwischen Forschungsinstituten, Hochschulen, Un-
50 ternehmen und weiteren Institutionen fördern.
- 51 • Wir stärken die Friedensforschung und bekennen
52 uns zur Zivilklausel, d.h. wir bestärken unsere
53 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen da-
54 zu, ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen.
- 55 • Berlin soll bundesweit führend in der Erforschung
56 von Alternativen zu Tierversuchen werden und da-
57 hingehend neue Maßstäbe setzen.

58

1 • **Gesundheitsforschung** Wir werden Berlin zur eu-
 2 ropäischen Gesundheitsmetropole ausbauen. Ber-
 3 lin hat mit dem Umfeld von exzellenten Wissen-
 4 schaftseinrichtungen sowie den Landesunterneh-
 5 men Charité und Vivantes beste Voraussetzungen.
 6 Wir werden die Charité und Vivantes baulich mo-
 7 dernisieren, auf den neuesten Stand der Digitalisie-
 8 rung bringen und ihre jeweiligen Profile weiter stär-
 9 ken. Wir wollen beste Krankenversorgung in allen
 10 Regionen unserer Stadt. Krankenversorgung darf
 11 nicht davon abhängig sein, in welcher Region man
 12 lebt. Deswegen werden wir alle Standorte unserer
 13 Kliniken stärken. Medizinische Weiterentwicklung
 14 lebt von exzellenter Forschung und kann langfristig
 15 nur durch qualifizierten Nachwuchs bestehen blei-
 16 ben, was gute Lernbedingungen und Lehre voraus-
 17 setzt. Mit der Integration des Berliner Instituts für
 18 Gesundheitsforschung haben wir dazu beste Rah-
 19 menbedingungen.

20
 21

22 **Berlin – Wissenschaftsstadt 2035 durch Investitionen**
 23 **absichern**

24
 25

26 Auch in den Hochschulen ist durch die langanhaltende
 27 Haushaltskonsolidierungsphase ein hoher Sanierungs-
 28 rückstau entstanden. Analog zur Schulbauoffensive
 29 brauchen wir ein langfristig angelegtes Sanierungs-
 30 und Neubaukonzept für die Berliner Hochschulstandor-
 31 te. Dazu fordern wir:

- 32 • Der Wissenschaftssenat entwickelt gemeinsam
 33 mit den Hochschulen und Forschungseinrich-
 34 tungen sowie mit den Bezirken, der Innenver-
 35 waltung, Stadtentwicklung und Finanzen einen
 36 Hochschulentwicklungs- und Investitionsplan, der
 37 folgende Ziele hat:
- 38 • Den Sanierungsrückstau in den Hochschulen in die-
 39 sem Zeitraum zu beseitigen und analog zur Schul-
 40 bauoffensive langfristige Planung und Finanzie-
 41 rung sicher zu stellen.
- 42 • Die Campusentwicklung an allen Hochschulstand-
 43 orten unter Gesichtspunkten der Rolle der Hoch-
 44 schulen im Sozialraum, des studentischen Woh-
 45 nens, der Ausbildungsqualität und der Daseinsvor-
 46 sorge durch Sportstätten zu planen und zu finanzie-
 47 ren.

48
 49

- Dazu muss geprüft werden,
- 50 • inwiefern Grundstücke von Dritten erworben wer-
 51 den müssen, um die Campi zu entwickeln
 - 52 • Inwiefern Anmietungen durch Sanierung und Neu-
 53 bau überflüssig werden können
 - 54 • inwiefern landeseigene Grundstücke von z.B. der
 55 BIM ins Fachvermögen der Wissenschaftsverwal-
 56 tung verlagert werden sollten
 - 57 • wie die erfolgreiche Bauherreneigenschaft der
 58 Hochschulen – auch in Kooperation z.B. mit

- 1 Fachhochschulen – weiter gestärkt werden kann
2 • welche Partner aus dem Bereich der öffentlichen
3 Unternehmen bei der Campuserwicklung mit ein-
4 bezogen werden können, um die Effektivität zu er-
5 höhen, Synergien zu schaffen und die Prozesse zu
6 beschleunigen.
7 • wie die IT-Infrastruktur in Bezug auf Datendurch-
8 satz und Speicherung an den Campi zukunftsfest
9 ausgebaut werden muss und ob dazu ein öffentli-
10 ches Netz notwendig ist.
11 • wie die Projekte möglichst nachhaltig gestaltet und
12 umgesetzt werden können
13
14

15 Der erste Schritt muss die Finanzierung und consequen-
16 te Umsetzung des 6-Punkte-Plans der Hochschulen und
17 der Wissenschaftsverwaltung sein.

18 **Wissenschaft Kommunikation Lernorte**

19 Wissenschaft braucht Kommunikation. Nicht nur in-
20 tern, sondern auch mit allen Teilen der Gesellschaft.
21 Wissenschaft muss Akzeptanz schaffen und wissen-
22 schaftliche Ergebnisse aller Disziplinen sollen Eingang
23 finden sowohl in politisches, wirtschaftliches als auch
24 ins Alltagshandeln. Wissenschaft muss begeistern, um
25 Nachwuchs zu finden, nicht nur für akademische Be-
26 rufe, sondern auch für wissenschaftsnahe Berufe. Für
27 Kommunikationsprozesse werden Räume benötigt so-
28 wie Strukturen, die diese Kommunikation organisieren.
29 Schüler*innenlabore, Schüler*innenuni sind Angebote,
30 die junge Menschen für verschiedenste Disziplinen be-
31 begeistern sollen. Dies ist besonders für die jungen Men-
32 schen wichtig, die diese Zugänge nicht über das Eltern-
33 haus vermittelt bekommen können. Außerschulische
34 Lernorte sind z.B. Museen (Stadtmuseum, SPK, Natur-
35 kundemuseum und Botanischer Garten u.v.a.) Gedenk-
36 und Kulturorte sowie Einrichtungen wie die Planetarien
37 oder das Gläserne Labor.

38 Wir wollen Außerschulische Lernorte für Wissenstrans-
39 fer aus Hochschulen noch besser nutzen:
40

- 41 • Dazu werden wir eine koordinierende Stelle schaf-
42 fen, die die außerschulischen Lernorte vernetzt
43 und koordiniert, über die Angebote informiert und
44 Schulen und Kitas unterstützt, diese Angebote
45 wahrzunehmen. Diese Stelle kann z.B. beim größ-
46 ten Außerschulischen Lernort der Stadt, Stiftung
47 Planetarium Berlin, angesiedelt sein. Wissenschaft
48 und Forschung sollen offen sein für die ganze Ge-
49 sellschaft. Dazu gehört auch, dass wir Wege fin-
50 den, um Wissenschaft zugänglich und nahbar zu
51 machen, etwa durch freie Eintritte für Museen und
52 Dialogformate zum Austausch zwischen Wissen-
53 schaftsinstitutionen und Stadtgesellschaft.
54 • Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen müs-
55 sen Orte der gesellschaftspolitischen Auseinander-
56 setzung bleiben. Dazu gehören die freie Meinungs-
57 äußerung sowie der freie Zugang zu Räumen für po-
58 litische Veranstaltungen z.B. für politische Kongres-

- 1 se an den Berliner Hochschulen.
- 2 • Für die Kommunikation mit der Stadtgesellschaft
- 3 und die Debatte über gegenwärtige und zukünftige
- 4 Fragestellungen braucht die Wissenschaft nicht
- 5 nur Schaufenster, sondern Räume in allen Teilen
- 6 der Stadt. Diese gilt es zu identifizieren, für das
- 7 Land und die Wissenschaft zu sichern und tragfähige
- 8 Konzepte mit den Partner*innen zu entwickeln,
- 9
- 10
- 11 **Wissenschaft nachhaltig**
- 12 Nicht erst seit FridaysforFuture sind Hochschulen und
- 13 Einrichtungen wie das Studierendenwerk um nachhaltiges
- 14 Handeln bemüht und gibt es Bestrebungen, nachhaltige
- 15 Entwicklung als handlungsleitendes Prinzip in
- 16 Hochschulen und Wissenschaftspolitik zu verankern.
- 17 Wir begrüßen die FridayforFuture-Initiativen von
- 18 Studierenden an den Hochschulen sowie das Engagement
- 19 der Wissenschaftler*innen bei science for future und
- 20 bekennt uns zu den Zielen der Nachhaltigkeit.
- 21 Dabei lehnen wir uns an die Definition an, die
- 22 nachhaltiger Entwicklung beschreibt als Strategie, die
- 23 globale und intergenerationelle Gerechtigkeit, Chancen-
- 24 gleichheit, Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen,
- 25 Klimaschutz, verantwortungsvollen Konsum, ressour-
- 26 censchonendes und kreislauforientiertes Produktions-
- 27 verhalten sowie faire Arbeits- und Handelsbedingun-
- 28 gen umfasst und insofern eine umfassende Transforma-
- 29 tion anstrebt.
- 30 Wir werden:
- 31 • Nachhaltigkeit als Aufgabe der Hochschulen in
- 32 sämtlichen Bereichen (Forschung, Lehre, Infrastruk-
- 33 tur,...) im Hochschulgesetz verankern
- 34 • Transparente Governancestrukturen schaffen, die
- 35 nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen er-
- 36 möglichen
- 37 • Die Hochschulen dabei unterstützen, alle Gruppen
- 38 der Hochschulen in die Entscheidungen einzubezie-
- 39 hen
- 40 • Regelungen in Landes- und Bundesgesetzgebung
- 41 identifizieren und verändern, die nachhaltiges Han-
- 42 deln z.B. bei Reisen oder Vergaben behindern

- 43 **A8/II/2019**
- 44 **01/23 Rehberge**
- 45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 46 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
- 47
- 48
- 49 **Bilanz nach einem Jahr ziehen und handeln! An-**
- 50 **kerzentren sind kein Ort für Kinder!**
- 51
- 52 Vor einem Jahr vereinbarten CDU, CSU und SPD im Ko-
- 53 alitionsvertrag bundesweit sogenannte Ankerzentren
- 54 für Geflüchtete. Bisher sind sie in drei Bundesländern
- 55 eingeführt worden.

Annahme

1 Zeitungsartikeln zufolge leben rund 80 Prozent der Ge-
2 flüchteten länger als ein Jahr in den sogenannten An-
3 kerzentren.
4 Die erzwungene Unterbringung in Massenunterkünft-
5 ten verhindert, dass von Flucht und Verfolgung gezeich-
6 nete Menschen menschenwürdig versorgt und bei der
7 Integration unterstützt werden. Besonders für Frauen
8 fehlen Rückzugsräume.
9 Gerade in großen Einrichtungen von Ankerzentren, in
10 denen 1000 Geflüchtete zusammenleben, kommt es
11 durch die erzwungene Untätigkeit zu einem erhöhten
12 Aggressionspotential.
13 Doch vor allem Kinder, die einem besonderen Schutz
14 unterstehen, werden ihre elementaren Rechte vorent-
15 halten. Diejenigen, die am wenigsten für ihre Situati-
16 on können, leiden am meisten darunter. Einige von Ih-
17 nen sind in Ankerzentren geboren, viele andere wach-
18 sen hier auf. Ihre Menschenrechte auf Gesundheit, Zu-
19 gang zu Bildung, Rückzugsorte, Schutz oder Partizipati-
20 on werden verletzt.
21
22 Aus diesem Grund fordern wir die sozialdemokrati-
23 schen Mitglieder der Bundesregierung und Abgeordne-
24 ten des Bundestages auf, sich für folgende Verbesserun-
25 gen einzusetzen:
26
27 **Kinder aus den Ankerzentren!**
28 • Familien müssen dezentral außerhalb von Anker-
29 zentren untergebracht werden!
30 • Kinder sowie Jugendliche müssen außerhalb der
31 Ankerzentren eine Schule besuchen!
32 • Kinder müssen Freizeiteinrichtungen außerhalb der
33 Ankerzentren besuchen – dies schließt Jugendliche
34 mit ein!
35 • Bedarfsorientierte psychologische Betreuung muss
36 für Familien und Kinder sowie Jugendliche angebo-
37 ten werden!
38

39 **A9/II/2019**
40 **01/23 Rehberge**
41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42
43
44 **Qualitätsoffensive für Berliner Schulen!**

45
46 Wir leben in einer wachsenden Stadt, damit stehe auch
47 unsere Schulen vor sehr großen Herausforderungen. Für
48 uns als Sozialdemokrat*innen steht fest, dass die Qua-
49 lität an den Schulen unter der wachsenden Stadt nicht
50 zurückstecken darf.

51
52
53 In den letzten Monaten und Jahren wurde bereits vie-
54 le Anstrengungen unternommen, um die Herausforde-
55 rungen zu meistern. Wir fordern die sozialdemokrati-

Annahme

1 schen Mitglieder in den Bezirksverordnetenversamm-
2 lungen, Bezirksämtern, dem Abgeordnetenhaus und
3 des Berliner Senats auf, sich für eine Qualitätsoffensive
4 an den Berliner Schulen einzusetzen. Dabei stehen fol-
5 gende Maßnahmen im Vordergrund:

- 6
7
- 8 • Mit mobilen Erweiterungsbauten und Containerlö-
9 sungen konnte an vielen Standorten die größte Not
10 gelöst werden. Aus diesen Erfahrungen müssen die
11 zukünftigen Projekte lernen können: Welche Anbie-
12 ter haben sich etabliert? Bei welchen Schnittstellen
13 gibt es noch Verbesserungspotential? Bestehende
14 Mängel müssen unverzüglich behoben werden und
15 dürfen nicht erst über die nächsten Sanierungsplä-
16 ne abgehandelt werden.
 - 17 • Wir begrüßen die zahlreichen Sanierungen an Berli-
18 ner Schulen, bei der Umsetzung sollen Beeinträchti-
19 gungen durch Schmutz und Lärm für Lehrkräfte und
20 Schüler*innen so gering wie möglich gehalten wer-
21 den. Eine gute Kommunikation zu den Sanierungen
22 und Neubauten mit den Schulleitungen, Elternver-
23 tretungen und der Öffentlichkeit ist sehr wichtig.
24 Wir begrüßen die Bemühungen der AG Öffentlich-
25 keit der Berliner Schulbauoffensive und fordern die
26 Etablierung einer zentralen Ansprechperson in je-
27 dem Schulamt, die die Schulleitungen regelmäßig
28 informiert und ansprechbar ist.
 - 29 • Mit dem kostenlosen Schulessen an Grundschu-
30 len hat die SPD einen wichtigen Beitrag zur famili-
31 enfreundlichen Stadt geleistet. Bei der Umsetzung
32 müssen wir die Schulen und Eltern weiter unter-
33 stützen: das formale Antragsverfahren muss abge-
34 stellt oder vereinfacht werden, gelungene Umstel-
35 lungen müssen unter den Schulen ausgetauscht
36 werden, damit sichergestellt wird, dass das kos-
37 tenlose Mittagessen in ausreichend Zeit eingenom-
38 men werden kann und nicht zu Unterrichtsaus-
39 fall führt. Das kostenlose Mittagessen soll eine fi-
40 nanzielle Entlastung für Berliner Familien sein, dies
41 gilt auch für die Mitarbeiter*innen der Caterer. Es
42 muss sichergestellt werden, dass auch hier trotz des
43 Mehraufwands keine Arbeitnehmerrechte verletzt
44 werden.
 - 45 • Mit der Einstellung von Quer- und Seiteneinstei-
46 ger*innen ist es gelungen, dass die Anzahl der Leh-
47 rer*innen in Berlin trotz des bundesweiten Lehr-
48 kräftemangels erneut angestiegen ist. Wir brau-
49 chen eine bessere Verteilung dieser Lehrkräfte, da-
50 mit neue von erfahrenen Kolleg*innen profitieren
51 können. Eine bessere Verteilung muss dazu füh-
52 ren, dass die Schulen in besonders sensiblen Berei-
53 chen (Klassenleitung, Lernanfangs-Klassen) grund-
54 sätzlich auf vollausgebildete Lehrkräfte zurückgrei-
55 fen können.
 - 56 • Um die Qualität zu verbessern, muss Berlin ein
57 attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte sein, daher
58 müssen die Arbeitsbedingungen verbessert wer-

1 den: Entlastung von Verwaltungsaufgaben, Mög-
 2 lichkeiten für Weiterbildung der Lehrkräfte schaf-
 3 fen, Klassenfrequenzen absenken und Personal-
 4 schlüssel erhöhen, verlässliche Schulreinigung si-
 5 cherstellen, Gesundheits- und Schwangerschafts-
 6 schutz umsetzen.
 7

8 **A10/II/2019**
 9 **01/23 Rehberge**
 10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 11
 12
 13 **Diskriminierungskritische Berliner Schulkulturen**
 14 **stärken: Rassismus konsequent benennen, bearbeiten**
 15 **und beheben!**
 16 2018 gab es 180 Beschwerden von Diskriminierung
 17 an Berliner Schulen. Die meisten Vorfälle fallen in die
 18 Kategorie Rassismus (106). Die meisten Beschwer-
 19 den beziehen sich auf Lehrer*innen und weiteres
 20 Schulpersonal (84) oder Schulmaterial/Schulregeln
 21 (24).
 22 Aus aktuellen, diskriminierungskritischen wissen-
 23 schaftlichen Studien – die bekannteste unter ihnen
 24 im Auftrag der ehemaligen Integrationsbeauftragten
 25 der Bundesregierung Aydan Özuguz – wissen wir:
 26 Deutsche Schulbücher bilden die gesellschaftliche
 27 Realität oft einseitig ab. Migration und Vielfalt werden
 28 vor allem als Problem dargestellt für eine weiterhin
 29 überwiegend als homogen abgebildete Gesellschaft.
 30 Migrant*innen werden wiederholt als passiv Betroffene
 31 oder Opfer dargestellt. In Schulbüchern haben Deut-
 32 sche in der Mehrzahl keinen Migrationshintergrund
 33 bzw. sind alle weiß. Viele Schulbuchdarstellungen
 34 verfallen immer wieder in das dramatisierende Muster
 35 „eigen“ und „fremd“. Noch schlimmer steht es um die
 36 Darstellung von »Afrika«-Bildern und Schwarz-Weiß-
 37 Konstruktionen in deutschen Schulbüchern. Auch hier
 38 belegen wissenschaftliche Studien, wie Unterrichts-
 39 materialien koloniale Afrikabilder reproduzieren und
 40 oft rassistisches Gedankengut transportieren. Der kolo-
 41 niale Duktus bleibt von den Lehrenden oft unerkant.
 42 Denn rassismuskritische Aus- oder Weiterbildung sind
 43 keine verpflichtenden Fortbildungen für Lehrer*innen
 44 in Berlin.
 45 Die deutsche Kolonialzeit mit ihrer Linie vom Rassis-
 46 mus und Imperialismus zum Nationalsozialismus ist
 47 kein verpflichtender Inhalt im Geschichtsunterricht an
 48 Berliner Schulen.
 49 Seit 2004 gibt es im Land Berlin keine zentrale Zu-
 50 lassung von Schulbüchern mehr (als einziges Bundes-
 51 land). Das bedeutet, jede Schule muss selbst entschei-
 52 den, welche Lehr- und Lernmittel sie im Unterricht ein-
 53 setzt. Die Auswahl trifft die jeweilige Fachkonferenz der
 54 Schule unter Berücksichtigung der Grundsätze, die von
 55 der Gesamtkonferenz beschlossen wurden. Eine diskri-

Annahme

1 minierungskritische Leitlinie gibt es für Schulbücher in
 2 Berlin nicht.

3 Die JUSOS forderten 2014 in einem Beschluss des Lan-
 4 desparteitages „dass alle Lehrbücher, -hefte und wei-
 5 teres Lehr- und Lernmaterial, dass in Berliner Schulen
 6 genutzt wird, auf alle Diskriminierungsformen über-
 7 prüft werden, und, dass das Ergebnis dieser Prüfung ver-
 8 öffentlicht wird. Die Prüfung der Lehrmaterialien soll
 9 durch eine Berliner Schulbuchkommission erfolgen.“
 10 Bis heute ist dies jedoch nicht umgesetzt.

11 Die von der SPD Fraktion eingebrachte Änderung in der
 12 Novelle des Berliner Schulgesetzes 2018 hält fest: „Jeder
 13 junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige, diskri-
 14 minierungsfreie schulische Bildung und Erziehung un-
 15 geachtet insbesondere (...), der ethnischen Herkunft,
 16 einer rassistischen Zuschreibung. (...) Schulen sind ver-
 17 pflichtet, Schülerinnen und Schüler vor Diskriminierun-
 18 gen zu schützen. Ziel ist es, die Vielfalt der Lebenswei-
 19 sen und unterschiedlichen kulturellen Werte und Nor-
 20 men zu vermitteln und (...) nicht ein rassendiskrimi-
 21 nierendes Verständnis zu fördern.“ Der Nationale Ak-
 22 tionsplan gegen Rassismus von 2017 und die Veranke-
 23 rung der UN Dekade für Menschen afrikanischer Her-
 24 kunft im Berliner Koalitionsvertrag (2016 – 2021) seien
 25 hier als zwei weitere wichtige Bezugspunkte genannt,
 26 die formal anerkennen, dass systematische Barrieren
 27 einschneidend auf die Lebensführung marginalisierter
 28 Menschen in Deutschland wirken.

29 Im Vergleich mit anderen Schulgesetzen in Deutsch-
 30 land geht das Diskriminierungsverständnis im Berliner
 31 Schulgesetz sehr weit. Die darin enthaltenen gerech-
 32 tigkeitsorientierten Innovationen müssen gefestigt und
 33 erweitert werden!

34 In den letzten Jahren wurde in der Senatskanzlei die
 35 hohe Sensibilisierung für dieses Thema auch haushalt-
 36 mäßig unterlegt. Berlin besitzt noch immer als einzi-
 37 ges Land in Deutschland eine Antidiskriminierungsbe-
 38 auftragte für Schulen, die an den Senat für Bildung an-
 39 gegliedert ist.

40 Doch dies alleine reicht nicht aus, um die gemeldeten
 41 Diskriminierungsfälle gründlich zu bearbeiten und um
 42 eine grundlegende diskriminierungskritische Schulkul-
 43 tur einzuführen!

44 Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns für eine gleich-
 45 gestellte und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, die
 46 eine soziale Mitgliedschaft aller Gruppen – vor allem
 47 vulnerabler Gruppen -sichert und konsequent umsetzt.
 48 Das Schulgesetz ist der Rahmen, eine solche Gesell-
 49 schaft an jenem Ort zu ermöglichen, der entscheidend
 50 für das Leben aller Menschen ist: die Schule.

51 Um das zu erreichen und die immer noch bestehenden
 52 Lücken zu schließen, fordern wir die Mitglieder des Ber-
 53 liner Senats auf, folgende Elemente einer Antidiskrimi-
 54 nierungsstrategie auf den Weg zu bringen:

55 **1. Lang angelegte, Studien, regelmäßige Stichproben**
 56 **und periodische Prüfungen** von Schulbüchern aller
 57 Fachrichtungen unter Einbeziehung von migrantisch-
 58 diasporischen Selbstorganisationen und Wissenschaft

- 1 für alle großen Diskriminierungsbereiche durchführen,
 2 um diskriminierende Muster aufzuweisen (bestenfalls
 3 bundeslandübergreifende Kooperationen) und die re-
 4 gelmäßige Veröffentlichung der Ergebnisse. Die Studien
 5 werden von einer unabhängigen Beschwerdestelle ein-
 6 geführt.
- 7 **2. Der Senat muss ein Konzept für „Kunstfehleranaly-**
 8 **sen“ für das Bildungssystem** entwerfen und einführen,
 9 um analytisch und systematisch festzuhalten, warum
 10 bestimmte **Abläufe, Verfahren und Prozesse** struktu-
 11 relle und institutionelle Diskriminierungsrealitäten her-
 12 vorbringen!
- 13 **3. Verbindliche Antidiskriminierungsfortbildungen von**
 14 **der Spitze (Schulaufsicht) durch in die Fläche gehend**
 15 **(einzelnen Schulen)!**
- 16 Die verpflichtende Fortbildung des Schulpersonals ist
 17 bereits im Schulgesetz vorgeschrieben. Eine diskrimi-
 18 nierungskritische Fortbildung muss verpflichtend vom
 19 Senat vorgeschrieben werden für alle Lehrer*innen al-
 20 ler Fächer sowie weiteres pädagogisches Personal und
 21 Rektor*innen an der Schule und die Verwaltung. Dies
 22 schließen alle Beschäftigten der Schulbehörden sowie
 23 der angegliederten Verwaltung im Land Berlin mit ein.
- 24 **4. Die Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner**
 25 **Schulen und Kitas muss mit festgelegten Befugnissen**
 26 **ausgestattet werden**, um einen effektiven und wirk-
 27 samen Diskriminierungsschutz herzustellen. Die Anti-
 28 diskriminierungsstelle muss mit einem rassismus- und
 29 diskriminierungskritisch kompetenten Menschen be-
 30 setzt werden. Die oder der Beauftragte muss um-
 31 fassende intersektional-rassismuskritische Kompeten-
 32 zen mitbringen und zudem eine fundierte, solidarische
 33 Netzwerkarbeit mit den Selbstorganisationen vulnera-
 34 bler Gruppen nachweisen können. Die Antidiskriminie-
 35 rungsbeauftragte sorgt für die verwaltungsinterne Auf-
 36 arbeitung von
 37 Diskriminierungsfällen. Sie muss durch eine beim Parla-
 38 ment angesiedelte Unabhängige
 39 Beschwerdestelle ergänzt werden, die Akzeptanz in der
 40 zivilgesellschaftlichen Landschaft schafft. Die
 41 Stelle muss unabhängig, weisungsungebunden und
 42 mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet
 43 sein. Vorbild ist dabei die Stelle der Datenschutzbeauf-
 44 tragten. Zu den für die unabhängige Informations- und
 45 Beschwerdestelle einzuführenden Rechten gehören:
 46 Umfassendes Informations- und Akteneinsichtsrecht,
 47 Recht, Maßnahmen vorzuschlagen und Handlungs-
 48 empfehlungen zu geben und in besonderen Fällen Es-
 49 skalationsrechte sowie Erhebung von Diskriminierungs-
 50 daten.
- 51 **5. Eine diskriminierungskritische didaktische Qualifizie-**
 52 **rung an Hochschulen sichern!**
- 53 Lehrer*innen müssen didaktisch geschult werden, wie
 54 sie Diskriminierung erkennen und Strategien vermit-
 55 teln können, wie mit Diskriminierung umgegangen
 56 und ihr vorgebeugt werden kann. Schüler*innen müs-
 57 sen dazu befähigt werden, Diskriminierung zu erken-
 58 nen, zu benennen und ihr entgegenzuwirken. Didakti-

1 sche Forschung muss gefördert werden, um herauszu-
 2 arbeiten, wie Schlüsselkompetenzen in der Erkennung
 3 von Stigmatisierung und Ungerechtigkeit durch Leh-
 4 rer*innen, Schüler*innen und der Schulverwaltung er-
 5 lernt und aufgebaut werden. Kollektive Empathie, so-
 6 ziale Wertschätzung und solidarisches Handeln müssen
 7 als Schlüsselkompetenzen für die Erhöhung des sozia-
 8 len Zusammenhalts in stark pluralisierten Gesellschaf-
 9 ten im Lehrplan fundiert werden.

10 **6. Vorgaben des Senates für Bildung zur Didaktisierung**
 11 **von Lehrmaterialien anhand von Kriterien von Diversi-**
 12 **tät und Rassismuskritik schaffen!**

13 Verfahren müssen entwickelt werden, um die Experti-
 14 se von migrantisch-diasporischen Communities in der
 15 Produktion von Schulbüchern und Bildungsmaterialien
 16 systematisch nutzbar zu machen. Der Senat muss Vor-
 17 gaben für einen Mindeststandarts für fachliche Experti-
 18 se aus der Wissenschaft für die Entwicklung von Schul-
 19 büchern vorgeben.

20 Einseitige eurozentristische Perspektiven müssen doku-
 21 mentiert, überarbeitet und überwunden werden. Vor
 22 allem afrikanische Gesellschaften dürfen nicht mehr
 23 als geschichtslos und passiv abgebildet werden. Durch
 24 staatliches Handeln angeregte Diversität muss ein Rah-
 25 men geschaffen werden, vielfältige Entwürfe und Per-
 26 spektiven auf Geschichte und Gegenwart in Lehrmate-
 27 rialien, Film, Lehrbüchern und digitalisierten Materialien
 28 abzubilden. Leitperspektiven von Respekt, Vielfalt und
 29 Gemeinsamkeiten müssen in allen Fächern geschaffen
 30 und deren Einhaltung durch Prüfung sichergestellt wer-
 31 den.

32 **7. Die Befassung mit dem europäischen und insbeson-**
 33 **dere mit dem deutschen und von Berlin ausgehen-**
 34 **den Kolonialrassismus sowie mit dem antikolonialen**
 35 **Widerstand muss sowohl als verpflichtender Teil, als**
 36 **auch Querschnittsthema des Lehrplans** für die gesam-
 37 te Neuere Geschichte eingeführt werden (Globalge-
 38 schichtliche Ausrichtung des Unterrichts, Thematisie-
 39 rung der Ambivalenz von Humanismus und europäi-
 40 scher Aufklärung auf der einen sowie Kolonisierung,
 41 Versklavung und Rassismus auf der anderen Seite). Ber-
 42 lins koloniales Erbe im Spiegelbild heutiger stadtpoli-
 43 tischer Realitäten zu reflektieren muss Bestandteil des
 44 Geschichtsunterrichtes in Berlin werden!

45 **8. Rassismuskritik muss als Mainstream des Curricu-**
 46 **lums aufgenommen werden!** Soziale und kulturelle Di-
 47 versität muss in den Rahmenlehrplänen stärker ver-
 48 ankert werden. Der große Spielraum, den die Berliner
 49 Curricula bieten, muss diesbezüglich rassismuskritisch
 50 strukturiert werden. Gleichstellungsorientierte Kompe-
 51 tenzbildung von Grundlagen der wechselseitigen An-
 52 erkennung zur Akzeptanz von sozialer, geschlechtli-
 53 cher, religiöser und kultureller Vielfalt, müssen als Quer-
 54 schnittsqualifikation in allen Fächern verankert werden.
 55 Deren Erreichung muss durch Prüfungen sichergestellt
 56 werden.

57 **9. Der Anteil von sozialer und kultureller Diversität**
 58 **beim Lehrpersonal systematisch erhöhen: Ansätze**

1 **von ‚Recruitment and Retainment‘** sowohl für die hori-
 2 zontale Ebene (Anzahl), als auch für der vertikale Ebene
 3 (Entscheidungs- und Führungspositionen) umsetzen!
 4 Gemeinsam mit vulnerablen Communities, ihren
 5 Selbstorganisationen und der Wissenschaft muss der
 6 Senat Strategien erarbeiten und finanziell hinterlegen,
 7 die soziale und kulturelle Diversität unserer pluralen
 8 Gesellschaft im Lehrpersonal konsequent abzubilden.
 9 Fürsorgepflicht muss diskriminierungskritisch reformu-
 10 liert werden: Fürsorge gilt nicht nur gegenüber mar-
 11 ginalisierten Schüler*innen sondern auch gegenüber
 12 marginalisierten Lehrer*innen und Verwaltungsperso-
 13 nal aus vulnerablen Gruppen. Ziel ist es nicht nur,
 14 ein vielfältiges Personal im Schulwesen durch geziel-
 15 tes Anwerben von Führungspersonal aus marginalisier-
 16 ten Gruppen aufzubauen, sondern Strategien zu ent-
 17 wickeln, dieses auch dauerhaft in der Organisation zu
 18 halten zu können (Retainment) wie z.B. durch Men-
 19 tor*innenprogramme.
 20 Hauptkernschraube kann der Rückkehr zum Konzept
 21 der ‚Pädagogischen Hochschule‘ sein. Hier hat der
 22 Staat stärker Einwirkung auf die spezifische Strukturie-
 23 rung der Ausbildung und kann gezielt Räume für eine
 24 Heterogenitäts- und Diskriminierungskritische Didaktik
 25 schaffen.
 26 **Des Weiteren fordern wir die Umsetzung des Beschus-**
 27 **ses des LPT des JUSOS Antrages von 2014**
 28 **10. Einen Tag gegen Diskriminierung an jeder Berliner**
 29 **Schule!**
 30 *Es soll ein verpflichtender Tag gegen Diskriminierung ein-*
 31 *geführt werden, an dem sich jede Schule beteiligen muss.*
 32 *Inwiefern die Organisation erfolgt, ist der Schule freige-*
 33 *stellt, ein individueller Beitrag ist aber Pflicht. An einem*
 34 *solchen Tag sollen die Schüler*innen sich einen ganzen*
 35 *Tag (und vielleicht durch die Vorbereitung auch schon*
 36 *im Vorfeld) mit dem Thema Diskriminierung heute befas-*
 37 *sen. Sie sollen beispielsweise innerhalb eines Projekts ler-*
 38 *nen, was Diskriminierung überhaupt heißt. Hierbei soll-*
 39 *te darauf geachtet werden, dass der Tag für die Schü-*
 40 *ler*innen trotz eines ernsten Themas altersgerecht und*
 41 *attraktiv gestaltet wird. Das Land soll durch Aufzeigen*
 42 *oder Bereitstellen von (bereits bestehenden) Angeboten*
 43 *die Schulen unterstützen. Dieser Tag sollte jedoch nicht*
 44 *an einem zentralen Datum stattfinden, da beispielsweise*
 45 *versch. Initiativen nicht die Kapazitäten haben, an einem*
 46 *Tag in allen Berliner Schulen zu sein.*

47 **A11/II/2019**
 48 **01/23 Rehberge**
 49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 50
 51
 52 **Kita-Qualität verbessern, Arbeitsbedingungen in**
 53 **der Frühen Bildung attraktiv gestalten und Ausbil-**
 54 **dungssystem modernisieren**
 55

Annahme

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

Kita-Qualität verbessern

1. Heute schon an die Zukunft denken – Qualitätsausbau in Kitas weiter vorantreiben

Berlin verbessert auf Initiative der SPD kontinuierlich den Betreuungsschlüssel. Dieser Weg ist richtig, da er die Qualität der Bildungsangebote für die Kinder in den Kitas erhöht und die Belastung für die Erzieher*innen senkt. Auch wenn der Fachkräftemangel derzeit akut ist, kann nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zu einer langfristigen Behebung des Mangels und damit auch zu einer Steigerung der Qualität beitragen. Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich für die Umsetzung der Beschlusslage der Berliner SPD einzusetzen und den Betreuungsschlüssel bis 2023 schrittweise auf 1:3 in der Krippe und in der Kita auf maximal 1:7,5 zu verbessern.

2. Kita-Leitung großer Einrichtungen durch Freistellung von stellv. Leitung entlasten

Die Schlüsselposition von Kita-Leitungen für eine gute Qualität in den Einrichtungen ist empirisch bereits belegt. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung macht deutlich, wie stark sich das Berufsfeld der Kita-Leitung gewandelt hat, welchen hohen Belastungen die Leitungskräfte ausgesetzt sind und in welchen Spannungsfeldern sie sich täglich bewegen. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich dafür einzusetzen, dass in Einrichtungen über einer zu definierenden Mindestgröße die stellvertretende Leitung zusätzlich zur Kita-Leitung freigestellt wird. Je größer die Einrichtungen sind, desto größer sind auch potenzielle gesundheitliche Gefährdungen für die Kita-Leitung. Die Leitung hat jedoch als pädagogisches Vorbild und als Visionär*in eine Schlüsselfunktion für die Organisations- und Teamentwicklung und in dem Zusammenhang auch für die Kooperation mit den Familien und im Sozialraum, weshalb ein Ausfall der Leitungsebene in der Praxis zu großen Engpässen führt. Um den komplexen Anforderungen gerecht zu werden, trägt die Freistellung der Stellvertretung effektiv und präventiv zur Unterstützung und Verantwortungsteilung der pädagogischen Leitung bei.

3. Bildungspotenziale nicht am Schreibtisch zurücklassen

Bürokratie und Verwaltungsaufgaben in Kitas nehmen immer weiter zu. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass allen Kitas mit einer zu definierenden Mindestgröße Verwaltungsmitarbeiter*innen per Kostenblatt-Finanzierung

1 zur Verfügung gestellt werden. Diese Verwaltungsmit-
2 arbeiter*innen sollen zusätzlich zur pädagogisch aus-
3 gebildeten Leitung eingestellt werden und die Leitung
4 bei Aufgaben wie bspw. Aufnahme von Krankheitsmel-
5 dungen, Wartelisten-Management, Aktualisieren von
6 Homepages und allgemeinen Schrift- und Telefonver-
7 kehr entlasten. Diese Personen sind dem Betreuungss-
8 schlüssel nicht anzurechnen. Die Mindestgröße der Ki-
9 ta ist an der Anzahl der Kinder zu bemessen und in
10 Rücksprache mit Trägern und Verbänden zu definieren.
11 Im Fall, dass mehrere kleine Einrichtungen nicht über
12 die erforderliche Mindestgröße kommen, kann eine Ver-
13 waltungsperson auch für mehrere Kitas zuständig sein
14 und abwechselnd Tätigkeiten vor Ort an unterschiedli-
15 chen Standorten absolvieren. Das Land muss sicherstel-
16 len, dass in den Einrichtungen ein Arbeitsplatz zur Ver-
17 fügung gestellt wird.

18 19 **4. Finanzierung von öffentlichen und freien Trägern für** 20 **gute Qualität sichern**

21
22 Die Berliner Kita-Landschaft ist bunt und das soll auch
23 so bleiben. Ca. 25 Prozent der Berliner Kinder besuchen
24 eine landeseigene Kita und erhalten dadurch eine voll-
25 ständige Finanzierung durch das Land. Die freien Kitas
26 tragen aktuell einen finanziellen Eigenanteil von 6 Pro-
27 zent. Dieser wird in erster Linie durch geringere Aus-
28 gaben erbracht – mit oftmals negativen Auswirkungen
29 auf die Qualität. Die derzeit geltende Finanzierung, die
30 bis 2021 eine Erstattung von 95 Prozent vorsieht, ist be-
31 sonders mit Blick auf die stetig steigenden Kosten (Mie-
32 te, Betriebskosten, Sachkosten, etc.) kaum noch zu be-
33 wältigen. Der hohe Eigenanteil verschärft die derzeitig
34 schwierige Personalsituation noch mehr. Wir fordern
35 die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-
36 nats und des Abgeordnetenhauses auf, sich dafür einzu-
37 setzen, dass eine Trägerbasisfinanzierung von 100 Pro-
38 zent und die allgemeine Gleichstellung zwischen den
39 öffentlichen und freien Trägern realisiert werden. Zu-
40 gleich muss sichergestellt werden, dass das Geld auch
41 bei den Erzieher*innen ankommt. Die sozialdemokrati-
42 schen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeord-
43 netenhauses werden aufgefordert für mehr Transpa-
44 renz und Kontrolle dieser Kitas zu sorgen. Beispielswei-
45 se sollen freie Träger nur dann den vollen Finanzierungs-
46 satz bekommen, wenn sie ihr Personal mindestens ta-
47 riflich bezahlen. Eine gleiche Behandlung aller Akteure
48 und ein gemeinsames Vorgehen gegen Sozialdumping
49 und schlechte Bedingungen an Kindertagesstätten stär-
50 ken den Frühe Bildungsstandort Berlin.

51

52

53 **5. Gerechte Mieten für Kitas**

54

55

56 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-
57 nats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefor-
58 dert sich dafür einzusetzen, dass neu geschaffene

1 Räumlichkeiten für Kitaplätze durch die Wohnungs-
2 eigentümer nicht zu Neumieten von 10€ oder mehr
3 pro Quadratmeter angeboten werden. Da Kitaträger ei-
4 nen Durchschnittspreis pro vergebenen Kitaplatz per
5 Kostenblatt erhalten, sollten diese angesetzten Durch-
6 schnittsmieten auch den Kitaträgern angeboten wer-
7 den. Hohe Mieten gehen sonst meist direkt in eine
8 schlechtere Bezahlung des Personals über. Hier sind ge-
9 rade die Landeseigenen Wohnungsunternehmen mit
10 in die Verantwortung zu nehmen. Ob Ausgleichszah-
11 lungen für die Wohnungsunternehmen durch das Land
12 Berlin finanziert werden soll, gilt es zu prüfen. Mit den
13 Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollte ein Ko-
14 operationsvertrag verhandelt und geschlossen werden,
15 sodass alle öffentlichen Träger für geringe Mieten Ki-
16 tas eröffnen können. Somit wird mit dem öffentlichen
17 Wohnungsbau auch der kommunale Kita-Bau geför-
18 dert und Berlin bekommt einen stärkeren Einfluss in die
19 kommunale Kitagestaltung und Bezahlung des Perso-
20 nals. Dies würde eine weitere Verbesserung in der Re-
21 Kommunalisierung gesellschaftlich bedeutsamer Auf-
22 gaben für Berlin bedeuten. Kitas freier Träger sollten
23 zudem nicht mehr unter das Gewerbemietrecht fallen,
24 sondern mietrechtlich wie Wohnungen behandelt wer-
25 den, damit sie besser geschützt sind.

26
27

28 **6. Bezahlung von staatlich anerkannten Erzieherinnen** 29 **und Erziehern in Berlin nach Tarifgruppe E 11 (TV-L) – Al-** 30 **tersarmut von Erzieherinnen stoppen**

31
32

33 90% aller Frauen zwischen 30 Jahren und 50 Jahren
34 verdienen nach Abzug aller Steuern und Beiträge un-
35 ter 2000 Euro. Die meisten Erzieherinnen in Berlin ge-
36 hören zu dieser Einkommensgruppe. Geringe Einkom-
37 men, fehlende Aufstiegschancen und kleine Renten im
38 Alter sind mehrheitlich die Folge für Frauen. Die Bezah-
39 lung und Arbeitsbedingungen stehen in einem eklatan-
40 ten Ungleichgewicht zu ihren Aufgaben und ihrer Ver-
41 antwortung für unsere Gesellschaft. Auch die in die-
42 sem Jahr durchgeführte Tarifierhöhung reicht nicht aus,
43 um mehrheitlich Erzieherinnen vor Altersarmut zu be-
44 wahren. Wir fordern die sozialdemokratischen Senats-
45 mitglieder und des Abgeordnetenhauses auf, sich dafür
46 einzusetzen, dass staatlich anerkannte Erzieher*innen
47 in Berlin nach Tarifgruppe E 11 (TV-L) bezahlt werden.
48 Ein höherer Lohn ist der erste entscheidende Schritt,
49 um diesen Beruf aufzuwerten und seiner Bedeutung
50 für unsere Gesellschaft gerecht zu werden. Das Kosten-
51 blatt muss entsprechend angepasst werden, um zu ge-
52 währleisten, dass die höheren Personalkosten nicht zu
53 Einsparungen in anderen Bereichen der Betreuungsein-
54 richtungen führen. Wenn dies nicht möglich ist nach
55 Abschluss der Tarifverhandlungen in der Tarifgemein-
56 schaft durchzusetzen, sollte diese Lücke zu E 11 (TV-L)
57 über eine Sonderzahlung geschlossen werden.

58

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58

7. Stärkere Strukturierung des Arbeitsfelds und tätigkeitsbezogene Aufstiegschancen in Kitas schaffen

In einer stärkeren Strukturierung des Arbeitsfeldes mit unterschiedlichen Stellenprofilen für verschiedene Qualifikations- und Erfahrungsstufen und die Etablierung von horizontalen wie vertikalen Karrieremöglichkeiten läge die Chance, die Tätigkeit in der Frühen Bildung für breitere Zielgruppen attraktiv zu machen. Beispielsweise sei die Tätigkeit des Praxisanleiters/der Praxisanleiterin genannt, die sowohl für die berufsbegleitende Ausbildung als auch in der klassischen Fachschulausbildung wesentliche Teile der Qualifizierung in der Kita begleiten. Wir fordern die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und des Abgeordnetenhauses auf, weitere tätigkeitsbezogene Aufstiegsmöglichkeiten zu identifizieren und diese durch entsprechende Zulagen zu vergüten. Dies würde auch dazu beitragen, dass Fachkräfte, die ihr Studium an Hochschulen und Universitäten in Studiengängen mit einem Bachelor oder Master abgeschlossen haben und bisher nicht in der Kita ankommen, Anreize haben, sich für solche Tätigkeiten zu bewerben und langfristig an das Arbeitsfeld der Frühen Bildung gebunden werden.

8. „Brennpunkt-Kitas“ zu Familienzentren ausbauen

In Berliner Stadtteilen mit besonders großen sozialen Herausforderungen ist die Rolle von Kitas für den Kiez umso wichtiger. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses dazu auf, einen massiven Ausbau von Kitas zu Familienzentren voranzutreiben. Nur mit Unterstützung von Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Stadtteilmüttern und -vätern und Übersetzer*innen können Kitas zu Leuchttürmen in ihren Kiezen werden. Familienzentren sind Investitionen in die Kieze, die dazu beitragen können, soziale Spaltung zu verhindern.

9. Die Ausbildung als Chance verstehen – Anreize zum Ausbilden auch für Kitas schaffen

Immer mehr Menschen stellen sich den besonderen Herausforderungen einer berufsbegleitenden Ausbildung. Für die Kita bedeutet diese Form der Ausbildung, dass an zwei Tagen in der Woche Personal fehlt. Je mehr berufsbegleitende Auszubildende an einer Kita sind, desto größer sind die daraus resultierenden Engpässe. Zudem benötigen Auszubildende noch Hilfen, Hospitationen und individuelle Gespräche durch Praxisanleiter*innen. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass berufsbegleitende Auszubildende sofort nur zu 80 Prozent auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Mittelfristig sollten die Arbeitszeiten der berufsbegleitenden Auszubildenden nicht mehr auf den Betreuungsschlüssel angerech-

1 net werden. Dies erhöht die Qualität der Ausbildung,
 2 reduziert die Belastung für das Personal und schafft
 3 gleichzeitig Anreize dafür, dass Kitas ausbilden. Einrich-
 4 tungen bekommen somit mehr Personal und sichern
 5 sich gut ausgebildeten Nachwuchs. Um junge Men-
 6 schen stärker für den Erzieher*innen-Beruf zu motivie-
 7 ren, sollen die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
 8 nats und des Abgeordnetenhauses sich für eine Ausbil-
 9 dungsvergütung einsetzen, die an die mittlerweile ho-
 10 hen Lebenshaltungskosten in Berlin angepasst ist.

11
 12 **10. Ausbildung zur Frühen Bildung fokussieren und viel-**
 13 **fältige Ausbildungsmöglichkeiten ansprechender auf-**
 14 **bereiten**

15
 16 Die derzeitige Ausbildung befähigt Erzieher*innen so-
 17 wohl in Krippen, Kitas, Schule und Hort zu arbeiten als
 18 auch in Behinderteneinrichtungen, Einrichtungen der
 19 Jugendhilfe, Ämter sowie teilweise in Krankenhäusern
 20 und in der Altenarbeit tätig zu werden. Da die Vorbe-
 21 reitung auf einen Einsatz in nahezu allen sozialpädago-
 22 gischen Arbeitsfeldern zu umfangreich für eine dreijäh-
 23 rige Ausbildung erscheint, fordern wir die sozialdemo-
 24 kratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordne-
 25 tenhauses auf, eine Spezialisierung zur „Fachkraft Ki-
 26 ta, Schule, Hort“ im Rahmen der Ausbildung zu prüfen.
 27 Darüber hinaus werden die sozialdemokratischen Mit-
 28 glieder des Senats und des Abgeordnetenhauses aufge-
 29 fordert, an einer transparenten Informationsplattform
 30 zu arbeiten, an der die vielfältigen Ausbildungs- und
 31 Einstiegsmöglichkeiten in Berlin für die Frühe Bildung
 32 übersichtlich und ansprechend dargestellt werden.

33 **A12/II/2019**
 34 **01/23 Rehberge**
 35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36
 37
 38 **Sicherheit erhöhen und Ehrenamt unterstützen –**
 39 **Schulsanitäter*innen in Berlin fördern**

40
 41 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Ab-
 42 geordnetenhauses und die sozialdemokratischen Mit-
 43 glieder des Berliner Senates werden ersucht, die Ausbil-
 44 dung von Schulsanitäter*innen an den Schulen im Land
 45 zu fördern und diesbezügliche Kooperationen mit Hilfs-
 46 und Wohlfahrtsorganisationen, wie z.B. dem Arbeiter-
 47 Samariter-Bund oder dem Deutschen Roten Kreuz, ein-
 48 zugehen.

49 Zudem soll durch entsprechendes Werbematerial an
 50 den Berliner Schulen für den Schulsanitätsdienst ge-
 51 worben und für die Ausbildung interessierter Schü-
 52 ler*innen Räume bereitgestellt werden.

53

Annahme

1 **A14/II/2019**
 2 **01/02 Alexanderplatz**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4
 5
 6 **Schadstoffbelastung auf den Berliner Wasserwe-**
 7 **gen reduzieren – Fahrgastschiffe schneller umrüsten**
 8
 9 Belastungen durch Schadstoffe wie etwa Dieselrußpar-
 10 tikel oder Stickoxide werden nicht nur durch Straßen-
 11 verkehr hervorgerufen, sondern auch durch Schiffsver-
 12 kehr etwa auf der Spree. Die Schadstoffemission durch
 13 ein einzelnes Schiff ist ungleich höher als durch PKW
 14 oder LKW; die technische Umrüstung ist aufwändig und
 15 vor allem teuer. Im Rahmen eines Pilotprojektes des Se-
 16 nats wurden fünf Fahrgastschiffe, die auf Berliner Was-
 17 serwegen unterwegs sind, technisch umgerüstet. Den-
 18 noch ist das Tempo der Umrüstung insgesamt wenig
 19 zufriedenstellend. Immerhin fahren 85 Fahrgastschiffe
 20 regelmäßig auf der Spree und anderen Wasserwegen.
 21 Die Belastung für Anwohner*innen, aber auch für Fahr-
 22 gäste und auf den Schiffen Arbeitenden ist immer noch
 23 deutlich hoch. Um Klarheit darüber zu haben, bedarf es
 24 neben Messungen an Anlegestellen auch Messungen in
 25 Wohngebieten, die direkt an der Spree liegen. Darüber
 26 hinaus müssen die Umrüstungen der Fahrgastschiffe
 27 mit Nachdruck vorangetrieben werden – vorzuziehen
 28 sind freiwillige Umrüstungen und geförderte Program-
 29 me. Falls diese Maßnahmen nur unzureichend greifen,
 30 müssen Fahrverbote in Betracht gezogen werden.
 31
 32 Wir fordern die Fraktion im Abgeordnetenhaus auf:
 33 – sich dafür einzusetzen, dass Stationen zur Messung
 34 von Schadstoffen an Wasserstraßen installiert werden
 35 – sich dafür einzusetzen, dass die Umrüstung von Fahr-
 36 gastschiffe schneller vorangetrieben wird als bisher,
 37 Fördermaßnahmen und Freiwilligkeit in Kombination
 38 mit Grenzwerten sind vorzuziehen, ggf. müssen aber
 39 auch Fahrverbote in Betracht gezogen werden
 40 – sich dafür einzusetzen, dass Unternehmen in die Lage
 41 versetzt werden, ihre Schiffe zügig auf umweltfreund-
 42 liche und schadstoffarme Antriebe umzurüsten und in
 43 naher Zukunft Schiffe mit Elektroantrieb zu betreiben
 44

Annahme

45 **A15/II/2019**
 46 **01/03 Friedrichstadt**
 47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 48
 49
 50 **Ein neues Stück Berlin – Bürgerstadt Buch bau-**
 51 **en!**
 52 Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses von
 53 Berlin sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des
 54 Senats werden aufgefordert, sich **ab sofort** für die
 55 Schaffung neuer Stadtquartiere mit Wohnungen für

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 bis zu 100.000 Menschen und Gewerbeflächen für bis
 2 zu 30.000 Arbeitsplätzen auf den ehemaligen Riesefeld-
 3 dern und weiteren Flächen zwischen Buch, Französisch
 4 Buchholz und Landesgrenze einzusetzen. Die Schaf-
 5 fung der dafür nötigen technischen, sozialen und
 6 Verkehrs-Infrastruktur soll unverzüglich vorbereitet
 7 werden.
 8 Im 1. Halbjahr 2020 ist eine Machbarkeitsstudie vorzu-
 9 legen, die die erforderlichen planerischen, technisch-
 10 baulichen, rechtlich-instrumentellen und organisatori-
 11 schen Maßnahmen sowie damit verbundene Kosten
 12 und Zeitabläufe untersucht und aufzeigt. Dabei ist zu
 13 prüfen, ob im Sinne einer zügigen, qualitätsvollen und
 14 ganzheitlichen Entwicklung das Instrument der städ-
 15 tebaulichen Entwicklungsmaßnahme und die Einset-
 16 zung eines treuhänderischen Entwicklungsträgers sinn-
 17 voll ist.
 18 Von Anfang ist sicherzustellen, dass die städtebauliche
 19 Entwicklung sich an den Zielen des **sozialen Ausgleichs**
 20 sowie der **ökologischen Nachhaltigkeit** orientiert und
 21 keinen Raum für Bodenspekulation und Renditemaxi-
 22 mierung lässt. Das bedeutet insbesondere, dass **öffent-
 23 liche Bauflächen** nur im Wege des Erbbaurechts oder
 24 nur auf Zeit an Private (Ulmer Modell) vergeben wer-
 25 den, vorrangig an Genossenschaften, gemeinwohlori-
 26 entierte Wohnungsunternehmen und selbstnutzende
 27 Bauherren. Bei Flächen in **privater Hand** sind Allge-
 28 meinwohlbelange und insbesondere die Bezahlbarkeit
 29 des neu geschaffenen Wohnraums durch die Mittel des
 30 Bauplanungsrechts durchzusetzen.

31 **A16/II/2019**
 32 **01/04 Luisenstadt**
 33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 34
 35

36 **Mobil für 375 Euro pro Jahr!**

37 Mobil für 1 Euro am Tag!
 38 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie
 39 Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich
 40 für die Einführung eines „1 Euro am Tag“- Jahrestic-
 41 kets für den öffentlichen Nahverkehr in Berlin ein-
 42 zusetzen. Für Auszubildende soll es künftig ebenso
 43 wie bereits für Schüler*innen eingeführt, ein kostenlo-
 44 ses Azubiticket geben. Berliner*innen, die zurzeit einen
 45 Anwohner*innen-Parkausweis für ihren PKW besitzen,
 46 sollen durch ein 365 Euro Jahreskombiticket von Parkvi-
 47 gnette und Jahreskarte für den Tarifbereich AB für die
 48 öffentlichen Verkehrsmittel zum häufigeren Umstieg
 49 auf den ÖPNV angeregt werden. Die städtischen Mobi-
 50 litätsangebote müssen gleichzeitig auf steigende Nut-
 51 zer*innenzahlen vorbereitet werden.

52 **Begründung**

53 Mobilität muss für alle Berlinerinnen und Berliner be-
 54 zahlbar sein und darf niemanden ausgrenzen oder vor
 55 finanzielle Herausforderungen stellen. Gleichzeitig lie-

Annahme

1 gen im Bereich Verkehr große Potentiale zur Reduzie-
 2 rung von Emissionen, Feinstaub- und Lärmbelastung in
 3 der Stadt und zur Reduktion von Verkehrsunfällen. Die
 4 SPD Berlin soll deshalb sowohl im Senat als auch im Ab-
 5 geordnetenhaus darauf hinwirken, dass möglichst vie-
 6 le Berliner*innen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr
 7 bekommen und vom privaten Kraftfahrzeug vermehrt
 8 auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Derzeit noch
 9 mit eigenem Auto autofahrenden Berliner*innen soll
 10 durch ein günstiges ÖPNV-Jahresticket der Umstieg auf
 11 den ÖPNV erleichtert werden. Zu diesem Zweck sol-
 12 len zukünftig Anwohner*innen- Parkausweise nur noch
 13 als Kombi-Ticket (Parkausweis und ÖPNV-Ticket) ausge-
 14 stellt werden.
 15 Nachdem bereits das kostenlose Schüler*innen-
 16 Monatsticket erfolgreich in Berlin eingeführt wurde,
 17 sollen auch Auszubildende, die nach wie vor nur ge-
 18 ringe Entlohnungen bei gleichzeitig zum Teil hohen
 19 Ausbildungskosten und steigenden Mieten erhalten,
 20 das kostenlose Monatsticket nutzen können.

21 **A17/II/2019**
 22 **01/04 Luisenstadt**
 23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 24
 25

26 **Tempo 30 in der Innenstadt!**
 27 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 28 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, sich
 29 dafür einzusetzen, dass im Bereich der Umweltzone als
 30 Regelgeschwindigkeit 30 km/h festgesetzt wird. Dies
 31 ist durch entsprechende Kontrollen zu flankieren.

Annahme

32 **A18/II/2019**
 33 **01/05 Tiergarten-Süd**
 34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 35
 36

37 **Brücke über den Landwehrkanal**
 38 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 39 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, darauf
 40 hinzuwirken, dass eine kreuzungsfreie Verbindung für
 41 Fußgehende und Radfahrende über den Landwehrkanal
 42 und die Autostraßen Schöneberger- und Reichpietsch-
 43 Ufer (zwischen Gleisdreieck- und Tilla-Durieux-Park)
 44 geschaffen wird.
 45 Dazu soll
 46 1. ein Planungswettbewerb ausgerichtet werden
 47 2. die erforderliche Finanzierung – unter Berücksichti-
 48 gung hierzu bereits getätigter Rückstellungen – in die
 49 Haushaltsplanung aufgenommen werden.
 50 Insbesondere eine Verwendung der Gelder für den öko-
 51 logischen Ausgleich soll dabei geprüft werden, da diese
 52 bis 2020 ausgegeben sein müssen.
 53

Annahme

1 Begründung:
2 Für viele Zufußgehende und Radfahrende, die vor al-
3 lem im Berufsverkehr zwischen Gleisdreieckpark und
4 Potsdamer Platz unterwegs sind, bildet die Überque-
5 rung des Landwehrkanals ein echtes Hindernis. Sie er-
6 fordert einen Umweg entlang des Schöneberger Ufers
7 zur Köthener Brücke und zurück am Reichpietschufer
8 zum Tilla-Durieux-Park. Die Bushaltestelle des M 29 am
9 Schöneberger Ufer bildet ein Nadelöhr, in dem sich die
10 wartenden und zusteigenden Zufußgehenden und die
11 in beiden Richtungen Radfahrenden auf dem nur 2,5m
12 breiten Gehweg gefährlich nahe kommen. Wegen des
13 starken Verkehrs auf der Straße wagen es nur wenige
14 Radfahrende, auf die Fahrbahn auszuweichen. Ein wei-
15 teres Gefahrenerelement ist die Querung der Köthener
16 Brücke. Die Fußgängerampel führt nur auf die nördli-
17 che Brückenseite. Die vielen Radfahrenden, die diesen
18 Fußgängerübergang nutzen, mogeln sich auf der Brü-
19 cke auf die südliche Fahrbahn, um in Richtung City wei-
20 ter zu fahren. Auf der Seite des Reichpietschufers gera-
21 ten sie dann in gefährlicher Weise zwischen Zufußge-
22 hende und abbiegende Autos.

23 Aus der Bauzeit des Gleisdreieckparks gab es eine (mitt-
24 lerweise obsoletere) Planung für eine Brücke über den
25 Landwehrkanal, die die beiden Parks verbinden soll-
26 te. Die Brücke ist auch noch im geltenden Flächennut-
27 zungsplan ausgewiesen. Dafür wurden 2,5 Mio € als
28 Beitrag für ökologische Ausgleichsmaßnahmen einge-
29 sammelt und bei einer Stiftung hinterlegt.

30 Im März 2019 fasste das Stadtteil-Forum Tiergarten Süd
31 den Beschluss, auf Verwaltung und Politik einzuwirken,
32 die 2014 aufgegebenen Überlegungen zum Bau einer
33 Brücke wieder aufzunehmen, um hier Abhilfe zu schaf-
34 fen.

35 Auch wenn (insbesondere wegen des Streckenverlaufs
36 der Bahntrassen, welche sich unter den Grünanlagen
37 befinden und den Landwehrkanal unterqueren) ein Brü-
38 ckenbau seinerzeit aus Kosten- und Sicherheitsgründen
39 nicht weiterverfolgt wurde, kann dies kein Grund sein,
40 auch heute – bei einer veränderten Straßen- und Ver-
41 kehrspolitik zugunsten der Fußgehenden, Radfahren-
42 den (und des ÖPNV) – noch vor dieser wichtigen Bau-
43 maßnahme zurückzuschrecken.

44 Die anvisierte Lösung dient gleichzeitig der Anbindung
45 des Potsdamer Platzes an die Radschnellverbindung 6
46 (Teltowkanalroute) und damit des Radfernwegs Leipzig
47 – Berlin.

48 Andere Hauptstädte wie zum Beispiel Kopenhagen zei-
49 gen, wie sinnvoll – auch teure – Infrastrukturmaßnah-
50 men zugunsten der Fußgehenden und Radfahrenden
51 sind.

1 **A19/II/2019**
2 **01/08 Alt-Moabit**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Mehr Sicherheit für Fußgänger an Alt-Moabit (Straße)**
7 **Höhe U-Bhf. Turmstraße**
8
9 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverord-
10 netenversammlung Mitte, des Bezirksamts Mitte, des
11 Abgeordnetenhauses sowie des Berliner Senats wer-
12 den aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Verkehrs-
13 sicherheitslage auf der Straße Alt-Moabit zwischen
14 Stromstraße und Thusneldaallee kurzfristig zu verbes-
15 sern. Dafür soll eine Fußgängerampel oder eine andere
16 geeignete Querungshilfe über die Straße Alt-Moabit auf
17 Höhe des U-Bhf. Turmstraße eingerichtet wird.

Annahme

18 **A20/II/2019**
19 **01/10 Schillerpark**
20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
21
22
23 **Vergesellschaftung von Wohnungen**
24 Wir fordern den Berliner Senat und die Fraktion der SPD
25 im Berliner Abgeordnetenhaus auf, auf der Grundlage
26 des §15 des Grundgesetzes die gesetzliche Vorausset-
27 zungen dafür zu schaffen, dass die Vergesellschaftung
28 von Wohnraum möglich gemacht wird.
29 Wir definieren Vergesellschaftung nicht rein als ein Mit-
30 tel, um gewinnorientierten Unternehmen das aktuel-
31 le Maß an Kontrolle über den Wohnraum in Berlin zu
32 entziehen, sondern vor allem als einen Zweck, nämlich
33 der Demokratisierung der Besitzverhältnisse von Wohn-
34 raum in dieser Stadt, einer Zielsetzung des Demokra-
35 tischen Sozialismus, dem sich die SPD im Hamburger
36 Grundsatzprogramm von 2007 verschrieben hat.
37 Durch das Gesetz soll eine ergänzende Möglichkeit ge-
38 schaffen werden, um den Anteil der öffentlich verwalte-
39 ten Wohnungen zu erhöhen und damit die Steuerungs-
40 möglichkeiten des Staates auf dem Wohnungsmarkt zu
41 maximieren und damit Spekulationsspielräume zu mi-
42 nimieren. Das Einsetzen des Mittels der Vergesellschaftung
43 ist damit als ein möglicher Baustein des miet-
44 und wohnungsbaupolitischen Instrumentenkastens zu
45 verstehen, der dem bestehenden Konzept „Bauen, kau-
46 fen, deckeln“ auch Vergesellschaften hinzufügt. Die Be-
47 deutung der anderen Säulen, allem voran des Schwer-
48 punkts Bauen, bleibt von der potentiellen Möglichkeit
49 der Vergesellschaftung unangetastet. Den Mangel an
50 bezahlbarem Wohnraum werden wir nur dann effek-
51 tiv bekämpfen, wenn ausreichend neuer Wohnraum im
52 nicht-spekulativen Bereich geschaffen wird.
53 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern werden
54 wir daher an die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. ent-
55 eignen“ herantreten, um die gesetzliche Ausgestaltung

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 vorzubereiten. Damit erkennen wir an, dass die Initiati-
 2 ve unser Partner auf dem Weg zu einem besser regulier-
 3 ten Wohnungsmarkt ist. Deshalb lehnen wir eine vor-
 4 zeitige Prüfung des Volksbegehrens beim Verfassungs-
 5 gerichtshof ab.
 6 Bei der Ausgestaltung der Gesetzesinitiative ist insbe-
 7 sondere auf folgende Aspekte zu achten:
 8 Wir lehnen es ab, so zu tun, als ob wir die Stadt auf
 9 einmal zurückkaufen können. Stattdessen setzen wir
 10 auf eine schrittweise und in der Berliner Investitions-
 11 planung abbildbare Strategie. Transparenz gegenüber
 12 der Stadtgesellschaft bezüglich des tatsächlich mög-
 13 lichen Umfangs der vergesellschafteten Wohnungen
 14 ist dabei ein wichtiges Element. Die mittelfristige Pla-
 15 nung orientiert sich dabei an dem Ziel, die Vorherrschaft
 16 des gemeinwohlorientierten Wohnens auf dem Woh-
 17 nungsmarkt wiederherzustellen. Wir streben dabei ei-
 18 nen mindestens zu 50% gemeinwohlorientierten Woh-
 19 nungsmarkt an.
 20 Die Vergesellschaftung setzt selbstverständlich auch ei-
 21 ne Entschädigung des bisherigen Eigentümers voraus.
 22 Im Rahmen der Gesetzesarbeitung sollen klare Rah-
 23 men geschaffen werden, die die Höhe der Entschädi-
 24 gung definieren. Diese Rahmenbedingungen orientie-
 25 ren sich dabei nicht an dem aktuell überhitzten Woh-
 26 nungsmarkt und sind niedriger anzusetzen.
 27 Die Vorbereitung der gesetzlichen Ausgestaltung soll
 28 sich u.a. auch mit der Ausgestaltung der Kriterien für
 29 potentielle Vergesellschaftung befassen. Die Grenze
 30 3000 erscheint uns dabei willkürlich. In der Debatte
 31 sind rein quantitative gegenüber möglichen qualitati-
 32 ven Kriterien abzuwägen. Qualitative Kriterien können
 33 z.B. der nachgewiesene systematische Verzicht auf In-
 34 standhaltung der Gebäude sein, spekulativer Umgang
 35 mit Wohnraum (bspw. Leerstand) o.ä. sein.

36 **A22/II/2019**

37 **01/15 Gesundbrunnen**

38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

39

40

41 **Internationale Bauausstellung Berlin für bezahlba-**
 42 **ren und nachhaltigen Wohnungsbau**

43

44 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 45 tenhauses von Berlin, des Berliner Senats und der Be-
 46 zirksämter werden aufgefordert, sich für die Durchfüh-
 47 rung einer Internationalen Bauausstellung in Berlin un-
 48 ter Beteiligung lokaler Initiativen und der Zivilgesell-
 49 schaft mit dem Fokus auf bezahlbarem, ökologisch und
 50 sozial nachhaltigen Wohnungsbau einzusetzen und die
 51 dafür notwendigen Planungsschritte noch in dieser Le-
 52 gislaturperiode zu beginnen.

Annahme

1 **A23/II/2019**
2 **01/15 Gesundbrunnen**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Gegen Leerstand und Spekulation – Fünf-Punkte-**
7 **Plan gegen Zweckentfremdung von Wohnraum in**
8 **Berlin**
9 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeord-
10 netenhauses von Berlin, des Berliner Senats und der
11 Bezirksämter werden aufgefordert, sich für eine Re-
12 form des Zweckentfremdungsrechts sowie für eine
13 effektivere Umsetzung der einschlägigen Vorschrif-
14 ten einzusetzen. Dabei sollen die folgenden fünf
15 Reformziele handlungsleitend sein:
16 1. Es wird im Gesetz klargestellt, dass auch die nur spo-
17 radische Eigennutzung einer Wohnung nicht als Wohn-
18 nutzung, sondern als Zweckentfremdung gilt und nur in
19 Ausnahmefällen (z.B. aus beruflichen Gründen) geneh-
20 migt werden kann.
21 2. Bei der Aufstellung des neuen Landeshaushalts
22 2020/2021 werden den Bezirken **ausreichend Mittel** zur
23 Verfügung gestellt, um mehr Stellen für die Bekämp-
24 fung von Wohnraumzweckentfremdung zu schaffen
25 und um selbst kostenintensive Verfahren, die z.B. eine
26 Zwangsverwaltung eines hartnäckig leerstehenden Ge-
27 bäudes betreffen, durchführen zu können.
28 3. In den meisten Bezirksämtern werden die **Kompeten-**
29 **zen für baupolizeiliche und die ordnungsrechtliche Prü-**
30 **fung** von Zweckentfremdungsfällen entweder zusam-
31 mengelegt oder zumindest koordiniert. Nach außen
32 muss eine **einheitliche Anlaufstelle** eingerichtet wer-
33 den, an die die Bürgerinnen und Bürger Hinweise auf
34 Zweckentfremdung von Wohnraum melden können.
35 4. Der bereits jetzt im Gesetz verankerte **Anspruch** der
36 öffentlichen Hand gegenüber Plattformen wie Airbnb
37 & Co **auf Herausgabe von Informationen** über Kurzzeit-
38 vermietungsgeschäfte mit Wohnraum wird gestärkt.
39 Dafür muss insbesondere gesetzlich klargestellt wer-
40 den, dass die Bezirksämter die genannten Informatio-
41 nen auch von den in Deutschland tätigen Tochtergesell-
42 schaften der Plattformen unbürokratisch herausverlan-
43 gen und diesen Auskunftsanspruch mit Verwaltungs-
44 zwang durchsetzen können.
45 5. Das Zweckentfremdungsrecht wird so angepasst, dass
46 die pauschale Genehmigungsfreistellung für soziale
47 Träger nach § 3 Abs. 1 Zweckentfremdungsverbotsver-
48 ordnung gestrichen und wieder im Einzelfall geprüft
49 wird, ob Wohnraum für einen förderwürdigen sozia-
50 len Zweck verwendet wird. Hiermit soll die Behörde
51 Missbrauch besser kontrollieren und bei Umnutzungen,
52 die nicht dem sozialen Zweck entsprechen, einschreiten
53 können.

Annahme

1 **A24/II/2019**

2 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6

7

7 **Kosten des Mieterumzugs bei Eigenbedarf**

8

9 Die KDV Mitte, der Landesparteitag Berlin und der Bundesparteitag der SPD mögen auch zwecks Aufnahme in zukünftige Wahlprogramme beschließen:

12 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für die Erweiterung der Verantwortlichkeit auf Vermieterseite bei Eigenbedarfskündigung von Wohnraum einzusetzen, indem § 573 Absatz 2 BGB ein zweiter Satz hinzugefügt wird: „Bei Wohnraum ersetzt im Falle der Nr. 2 und Nr. 3 der Vermieter dem Mieter die Aufwendungen für den Umzug bis zu einer Entfernung von 100 km, die dem Mieter entstehen und die er billigerweise machen durfte.“ oder eine gleich wirksame Regelung die bisherige Rechtslage ändert.

21

22

Annahme

23 **A31/II/2019**

24 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

27

28

29 **Erschwerung der Eigenbedarfskündigung**

30

31 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung setzen sich für eine Erschwerung der Eigenbedarfskündigung durch den Vermieter ein. Diese Erschwerung soll insbesondere durch eine Verengung des zur Eigenbedarfskündigung berechtigten Personenkreises im Sinne des § 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB sowie durch die Etablierung einer nachmietvertraglichen Auskunftspflicht des Vermieters bewerkstelligt werden.

40

41 Hierzu soll – erstens – der Personenkreis derjenigen, für welche der Vermieter Eigenbedarf geltend machen kann, klarer definiert werden. In diesem Sinne wird eine Legaldefinition in das Gesetz eingeführt, die die Gruppe der „Familienangehörigen“ auf die Verwandten in gerader Linie (vgl. § 1589 Abs. 1 BGB) sowie die jeweiligen Ehegatten/Lebenspartner*innen und deren Kinder begrenzt.

48

49

50 Zweitens soll eine Auskunftspflicht des Vermieters gegenüber dem Mieter etabliert werden, wonach jener diesem zum Nachweis über den tatsächlichen Einzug und die dauerhafte Eigennutzung der Wohnung durch eine berechnigte Person verpflichtet ist. Kann der Vermieter diese Pflicht nicht hinreichend er-

55

Annahme

1 füllen – wohnt also nach Auszug des ehemaligen Mie-
2 ters nicht die in der Eigenbedarfskündigung benannte
3 Person, soll der Mieter ein Recht auf Wiedereinzug und
4 – bei Unmöglichkeit der Erfüllung seitens des Vermie-
5 ters – Schadensersatz erhalten. Der Anspruch auf Scha-
6 densersatz entfällt, wenn die Wohnung aus Gründen,
7 die der Vermieter nicht zu vertreten hat, nicht von der
8 in der Eigenbedarfskündigung benannten Person be-
9 wohnt wird, etwa bei Tod dieser Person.

10 **A32/II/2019**
11 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**
12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13
14
15 **Klimaschutz**

16 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeord-
17 netenhauses sowie des Senats werden aufgefordert,
18 bei allen zukünftigen Entscheidungen deren mögliche
19 Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt sowie
20 daraus resultierende zusätzliche Treibhausgasemissio-
21 nen und/oder Einsparpotentiale zu berücksichtigen,
22 um die Klimakrise und deren Folgen zu begrenzen oder
23 abzuschwächen. Zusätzliche Emissionen müssen mit
24 Einsparungen an anderer Stelle verbunden werden und
25 müssen vereinbar sein mit den Einsparvorgaben des
26 Pariser Klimaabkommens.

Annahme

27 **A33/II/2019**
28 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**
29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
30 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

31
32
33 **Ausbau von Erneuerbaren Energien**

34 **Ausbau von Erneuerbaren Energien zur Erzeugung**
35 **von Stromüberschüssen zwecks Verwendung für den**
36 **wasserstoffbasierten Güterverkehr mit dem Ziel, den**
37 **CO2-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren**

38 Die KDV Mitte, der Landesparteitag Berlin und der Bun-
39 desparteitag der SPD mögen – auch zur Aufnahme in
40 ein künftiges Wahlprogramm – beschließen:

41
42 *Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für*
43 *einen deutlichen Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuer-*
44 *baren Energien einzusetzen, um auch bei Dunkelflaute*
45 *(wenig Wind und Sonne) stets über mehr Elektroenergie*
46 *zu verfügen, als für den allgemeinen Stromverbrauch*
47 *benötigt wird.*

48
49 *Der so stets vorhandene Stromüberschuss wird mittels*
50 *Elektrolyse ortsnah der Stromerzeugung endverbraucht*
51 *und der so hergestellte Wasserstoff zum Abbau der Treib-*
52 *hausgasemissionen im Verkehrssektor, beginnend mit*
53 *CO2-neutralem Güterverkehr eingesetzt, um die deut-*

Annahme

1 *schen Klimaschutzziele zu erreichen.*

2 **A34/II/2019**

3 **01/10 Schillerpark**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7

8 **Für eine sozial gerechte Klimapolitik: Die Energie-**
 9 **wende voranbringen und sozial gerecht gestalten.**

10

11 Wir sind überzeugt, dass der Klimawandel mit seinen
 12 Folgen die größte Bedrohung unserer Lebensgrundlage
 13 darstellt. Von einer Verschlechterung der Lebensquali-
 14 tät sind besonders sozial Schwächere betroffen. Ziel so-
 15 zialdemokratischer Politik muss es sein, die Existenz-
 16 grundlage in unserem Land für künftige Generationen
 17 zu sichern. **Dafür braucht CO2 einen Preis.**

18 Durch die Einnahmen aus einer CO2-Bepreisung kann
 19 die Energiewende sozial gerecht gestaltet werden. Die-
 20 ses Instrument hat sich bereits in verschiedenen Län-
 21 dern bewährt und wird von Wissenschaft und Gesell-
 22 schaft gefordert. Wir fordern die SPD auf, ein entspre-
 23 chendes **sozialdemokratisches Konzept für wirksamen**
 24 **und sozial gerechten Klimaschutz** zu erarbeiten und
 25 umzusetzen. Als Rahmenbedingungen sind dabei fol-
 26 gende Punkte zu berücksichtigen:

27

28 **1. Für wirksamen Klimaschutz:**

29

30 • Eine sektorübergreifende Bepreisung von CO2
 31 mit einem Einstiegspreis von mindestens 45
 32 €/tCO2äq. Diese ist entweder implizit durch eine
 33 CO2-orientierte Anpassung von Abgaben und Um-
 34 lagen einzuführen oder durch die Einführung eines
 35 expliziten CO2-Preises. Ziel ist eine einheitliche
 36 CO2-Bepreisung in den wesentlichen Sekto-
 37 ren. Dazu gehören vor allem Verkehr, Industrie,
 38 Energiewirtschaft und Gebäude.

39 • Zur Vermeidung einer doppelten Belastung von An-
 40 lagen, die am Handel mit CO2-Zertifikaten teilneh-
 41 men (EU-ETS), werden die Kosten der Zertifikate an-
 42 gerechnet.

43 • Ein verlässlich ansteigender CO2-Preispfad schafft
 44 Planungssicherheit und sichert die Einhaltung un-
 45 serer Klimaziele bis 2050 (80-95% Emissionsredu-
 46 zierung bis 2050).

47 • Eine CO2 Bepreisung ist ein wesentlicher Bau-
 48 stein für wirksame Klimapolitik. Trotzdem sind zu-
 49 sätzliche Maßnahmen, wie ein Klimaschutzgesetz
 50 notwendig. Bestehende und zukünftige ordnungs-
 51 rechtliche Maßnahmen, wie Grenzwerte und Effizi-
 52 enzanforderungen bleiben von der Umsetzung ei-
 53 ner CO2-Bepreisung unberührt.

54

55 **2. Für sozialen Ausgleich**

Annahme

1
2 Die CO₂-Bepreisung dient nicht zur Erzielung zusätzli-
3 cher Einnahmen des Staates. Sie wird nur dann als so-
4 zialverträglich erkennbar, wenn gleichzeitig Maßnah-
5 men eingeleitet werden, die den finanziellen Belastun-
6 gen entgegenwirken. Die Einnahmen werden deshalb
7 direkt zur Entlastung besonders betroffener Haushal-
8 te und zur Förderung einer klimaneutralen Infrastruk-
9 tur eingesetzt. Die Mittel aus der CO₂-Bepreisung sollen
10 daher anteilig eingesetzt werden

- 11 • für einen Energiewendebonus (Dividende), der di-
12 rekt an die BürgerInnen ausgezahlt wird. Alternati-
13 v können Abgaben auf Strom im gleichen Umfang
14 gesenkt werden. Durch diese Maßnahmen wird un-
15 mittelbar eine Dämpfung sozialer Folgen erreicht.
- 16 • für einen Energiewendefonds, mit dem Investitio-
17 nen in emissionsarme Technologien und Infrastruk-
18 tur gefördert werden (zum Beispiel in den Be-
19 reichen energetische Gebäudesanierung und Ver-
20 kehrsinfrastruktur). Gerade im Bereich Mobilität
21 ist erst durch eine entsprechende Infrastruktur ein
22 Umstieg auf klimaneutrale Technologien für die
23 BürgerInnen möglich.

24 25 **3. Für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft**

26
27 Die Einführung einer CO₂-Bepreisung soll einen Anreiz
28 zur Entwicklung und Einführung effizienter und emissi-
29 onsarmer Technologien setzen. Ein langfristiges Klima-
30 schutzkonzept mit einem klaren Entwicklungspfad für
31 die CO₂-Bepreisung schafft die nötige Planungssicher-
32 heit für Investitionen.

33 Entstehende Innovationen sichern den Technologie-
34 und Industriestandort Deutschland. Wichtige Industrie-
35 verbände und die Energiewirtschaft unterstützen be-
36 reits die Einführung einer CO₂- Bepreisung. Eine CO₂-
37 Bepreisung ermöglicht eine deutliche Verringerung des
38 bürokratischen Aufwands, der besonders kleinere Ak-
39 teure ausbremst.

40 41 **4. Für gemeinsame Europäische Klimapolitik**

42
43 Wirksamer Klimaschutz kann langfristig nur im euro-
44 päischen Kontext gelingen. Angesichts der Dringlich-
45 keit für wirksame Klimaschutzmaßnahmen, darf des-
46 halb aber eine nationale CO₂-Bepreisung nicht aufge-
47 schoben werden. Zahlreiche Nachbarländer haben be-
48 reits eine CO₂-Bepreisung eingeführt oder entsprechen-
49 de Vorschläge in der Planung. Die CO₂-Bepreisung in
50 Deutschland kann deshalb zeitnah in enger Kooperati-
51 on mit Frankreich, Niederlanden, Großbritannien und
52 unseren skandinavischen Nachbarn umgesetzt werden.

53

1 **A35/II/2019**
 2 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5
 6

7 **Elternurlaub**

8 Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion
 9 sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
 10 desregierung sprechen sich für die Einführung eines
 11 Partnerschutzes innerhalb der ersten vier Lebens-
 12 wochen eines Kindes (Geburt/Adoption des eigenen
 13 Kindes bzw. des Kindes der/des Partner*in) , wobei der
 14 Lohnausgleich über das sozialversicherungsrechtliche
 15 Umlageverfahren erfolgt.

Annahme

16 **A37/II/2019**
 17 **01/16 Grünes Dreieck**
 18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 19 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

20
 21

22 **Gleichstellung von ambulanten und stationären**
 23 **Pflegeeinrichtungen**

24

25 werden aufgefordert, durch eine gesetzliche Regelung,
 26 sicher zu stellen, dass ambulante Pflegedienste und
 27 Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime), für die erbrachten
 28 Leistungen gegenüber den stationären Pflegeeinrich-
 29 tungen gleichgestellt werden. Bisher ist es im Fall des
 30 Todes von PatientInnen so, dass die erbrachten Leis-
 31 tungen, die bei den zuständigen Kassen beantragt aber
 32 noch nicht bewilligt wurden, im ambulanten Bereich
 33 nicht vergütet werden.

Annahme

34 **A42/II/2019**
 35 **ASF**
 36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 37 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

38
 39

40 **Geld für Menstruationsprodukte im Arbeitslosen-**
 41 **geld II**

42 In der Berechnung des Arbeitslosengeld II-Satzes und
 43 der Grundsicherung für Frauen* und Mädchen sollen
 44 die erhöhten Kosten von Menstruationsprodukten be-
 45 rücksichtigt werden. Im Durchschnitt kosten Tampons,
 46 Binden etc. 4 bis 5 Euro. Daher soll der Satz entspre-
 47 chend um 5 Euro pro Frau* und Mädchen angehoben
 48 werden.

49

50 **Begründung:**

51 Derzeit wird im Arbeitslosengeld 2-Regelsatz 16,11 Euro
 52 pro Person für Gesundheitspflege berechnet. Die kör-

Annahme

1 perliche Hygiene geht in dieser Berechnung mit ein.
2 Frauen* und Mädchen, die monatlich menstruieren,
3 müssen sich – im Gegensatz zu Männern – regelmäßig
4 Hygieneartikel für die Menstruation kaufen. Sowohl
5 Tampons, als auch Binden kosten im Schnitt 4 bis 5 Euro
6 pro Packung. Das sind 28 % die in der Berechnung für die
7 monatliche Gesundheitspflege berechnet werden.
8

9 **A43/II/2019**
10 **01/17 Brunnenviertel**
11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
13
14
15 **Unterhaltsvorschuss an Kindergeld koppeln**

16
17 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
18 rung und des Bundestages werden aufgefordert, die
19 Entwicklung des Unterhaltsvorschlusses an das Kinder-
20 geld zu koppeln und die Erhöhungen des Kindergeldes
21 nicht länger vom Unterhaltsvorschuss abzuziehen. Der
22 Unterhaltsvorschuss muss eine Leistung sein, die unab-
23 hängig vom Kindergeld gewährt wird.

Annahme

24 **A44/II/2019**
25 **01/16 Grünes Dreieck**
26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
27 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
28
29
30 **Keine deutsche Unterstützung für den Machter-**
31 **halt einer Diktatur**

32
33 Wir fordern:
34 1. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein,
35 dass keine Wiederaufbauhilfe an das syrische Re-
36 gime oder an Projekte in Syrien transferiert wird,
37 wenn nicht gewährleistet werden kann, dass die
38 Hilfen nicht für die Repressionspolitik des syrischen
39 Regimes genutzt werden.
40 2. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für eine
41 Vernetzung der in Syrien humanitär-tätigen Ak-
42 teur*innen ein, um gemeinsame Maßstäbe und Kri-
43 terien für die Zusammenarbeit mit dem Regime
44 abzusprechen. Die humanitären Programme soll-
45 ten von einem unabhängigen Überwachungssys-
46 tem begleitet werden.
47 3. Solange kein demokratischer Regimewechsel in Sy-
48 rien absehbar ist, macht die SPD-Bundesfraktion im
49 Falle von Verhandlungen deutlich, dass das syrische
50 Regime sowie seine engen Kriegs-Verbündeten
51 Russland und Iran zunächst verpflichtet sind, Wie-
52 deraufbauhilfen zu leisten.
53

Annahme

1 Allgemein ist eine Wiederaufbauhilfe in Syrien aus fol-
 2 genden Gründen schwierig:
 3 a) Geflüchtete und Vertriebene kommen in den Wieder-
 4 aufbauplänen des syrischen Regimes nicht vor.
 5 b) Nach der Änderung des Gesetzes Nr. 10, Dekret 66,
 6 ist es unmöglich für Geflüchtete zurückzukehren, da sie
 7 mit diesem Gesetz der „ethnischen Säuberungen“ von
 8 ihrem Wohnbesitz enteignet wurden.
 9 c) Wiederaufbauhilfen würden derzeit lediglich den Ap-
 10 parat des Systems und seine nahe Oligarchen unterstüt-
 11 zen und diese zu Kriegsgewinnern machen, da sie über
 12 die Hilfen mitentscheiden würden.
 13 d) Russland und Iran beuten Syrien nach wie vor aus und
 14 stehlen die Bodenschätze der syrischen Bevölkerung.
 15 e) Wiederaufbau dient nicht als Druckmittel gegen das
 16 syrische Regime, da das Regime quasi als Kriegsgewin-
 17 ner hervorgegangen ist und somit die Bedingungen dik-
 18 tieren kann.
 19 f) Sämtliche Friedensverhandlungen zwischen den op-
 20 positionellen Gruppen und dem Regime sind bisher ge-
 21 scheitert. Jegliche Wiederaufbaubemühungen sollten
 22 erst nach dem Friedensschluss beginnen.
 23 g) Wiederaufbauhilfen müssen an den Bedürfnissen der
 24 Betroffenen ausgerichtet sein und die syrische Zivilge-
 25 sellschaft einbeziehen.

26 **A45/II/2019**

27 **01/16 Grünes Dreieck**

28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29

30

31 **Für eine starke Engagementlandschaft! Wir setzen**
 32 **uns für eine Verstetigung der Förderung der Freiwilligen-**
 33 **agenturen in den Berliner Bezirken ein.**

34

35 Seit 2018 werden die kommunalen Frei-
 36 willigenagenturen in den Berliner Bezir-
 37 ken durch ein Förderprogramm des Senates
 38 ([https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/engagement-](https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/engagement-und-verwaltung/engagement-in-der-senatskanzlei/artikel.803015.php)
 39 [und-verwaltung/engagement-in-der-](https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/engagement-und-verwaltung/engagement-in-der-senatskanzlei/artikel.803015.php)
 40 [senatskanzlei/artikel.803015.php](https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/engagement-und-verwaltung/engagement-in-der-senatskanzlei/artikel.803015.php)) finanziert, das
 41 darauf abzielt bestehende Agenturen auszubauen,
 42 bzw. neue Agenturen in Bezirken, die bislang keine
 43 haben, aufzubauen.

44 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten
 45 dazu auf, sich für eine Verstetigung der Förderung die-
 46 ser einzigartigen Engagementlandschaft einzusetzen.
 47 Die kommunalen Freiwilligenagenturen sind wichtige
 48 Anlaufstellen für Engagierte in den Bezirken.

49 Weiterhin fordern wir die Beibehaltung ergänzender
 50 Förderungen im Bereich bürgerschaftliches Engage-
 51 ment wie bspw. FEIN (Freiwilliges Engagement in Nach-
 52 barschaften). Diese Programme ermöglichen es Bür-
 53 ger*innen mit wenig Bürokratie Mittel zur Verwirkli-
 54 chung von Engagement vor Ort abzurufen, wie z.B. zur
 55 Bepflanzung einer Baumscheibe oder dem Aufbau von
 56 Insektenhotels.

Annahme

1 **A46/II/2019**
2 **01/16 Grünes Dreieck**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Antisemitismus entschieden entgegnetreten: In-**
7 **itiative zur Umbenennung der Beuth Hochschule**
8 **unterstützen!**
9
10 Antisemitische Äußerungen finden in den letzten Jah-
11 ren in Deutschland immer stärkere Verbreitung. Die
12 rechte Szene versucht unentwegt, mit Relativierungen
13 des Holocaust und der Streuung von Stereotypen und
14 Hass gesellschaftliche Akzeptanzgrenzen nach rechts
15 zu verschieben. Als demokratische Gesellschaft müssen
16 wir diesen Tendenzen viel klarer und eindeutiger entge-
17 gnetreten.
18 Hierzu wollen wir Initiativen und Vereine unterstützen,
19 die sich dafür einsetzen, dass Antisemitinnen und An-
20 tisemiten im öffentlichen Raum keine Sichtbarkeit oder
21 gar Unterstützung erfahren. Hierzu gehört, die Initiati-
22 ve zur Umbenennung der Beuth Hochschule. Wir erklä-
23 ren uns mit der Initiative zur Umbenennung der Beuth
24 Hochschule solidarisch und werden sie in ihrem Anlie-
25 gen unterstützen.
26

Annahme

27 **A48/II/2019**
28 **01/02 Alexanderplatz**
29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
30
31
32 **Den Volksentscheid Transparenz Berlin unterstüt-**
33 **zen**
34 Das Informationsfreiheitsgesetz erlaubt Berliner*innen
35 seit 1999 den Zugriff auf behördliche Informationen
36 und Dokumente – allerdings nur auf Anfrage und
37 verbunden mit Gebühren, langen Wartezeiten und
38 weitreichenden Ausnahmen. Bei der jetzigen Geset-
39 zeslage müssen die Bürger*innen proaktiv auf die
40 Verwaltung zugehen um Einsicht in Dokumente zu
41 bekommen.
42 Ein Transparenzgesetz, wie der Volksentscheid fordert,
43 verpflichtet öffentliche Stellen zur aktiven und zen-
44 tralen Veröffentlichung aller wichtigen Informationen,
45 zeitnah und gebührenfrei. Dazu gehören bei unserem
46 Gesetz auch landeseigene Unternehmen. Ausnahmen
47 von der Veröffentlichung werden zur Ausnahme und
48 müssen konkret begründet werden. Das Land Ham-
49 burg hat bereits im Jahr 2012 ein solches Transparenz-
50 gesetz eingeführt. Die Erfahrungen aus Hamburg zei-
51 gen, dass ein solches Gesetz die Behörden effizienter
52 macht. Wenn zentrale Informationen online einsehbar
53 sind, sind sie auch für die Verwaltung einfacher zu fin-
54 den. Das erleichtert behördeninterne Abläufe, erspart
55 Abstimmungen und Mehrarbeit. Die Digitalisierung der

Annahme

1 Behörden wird vorangetrieben.

2 **A49/II/2019**

3 **01/23 Rehberge**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7

8 **Die SPD Bilddatenbank repräsentiert unsere viel-**
9 **fältige Gesellschaft!**

10

11 Deutschland ist eine vielfältige Gesellschaft und setzt
12 sich aus Kulturen aller Welt zusammen. Die SPD setzt
13 sich für den Respekt miteinander und eine weltoffene
14 Gesellschaft ein! Dies wollen wir nach außen zeigen,
15 wenn wir die Bilder der Bilderdatenbank der SPD dazu
16 nutzen, um mit Bürger*innen in den Dialog zu treten!

17 Aus diesem Grund muss auch die SPD Bilddatenbank
18 unsere vielfältige Gesellschaft in allen ihren Facetten
19 widerspiegeln.

20 Deswegen fordern wir den Parteivorstand auf, eine SPD
21 Bilddatenbank zur Verfügung zu stellen, die die Vielfalt
22 in allen Lebenslagen, Berufen, Situationen und Genera-
23 tionen widerspiegeln!

24

Annahme

25 **A50/II/2019**

26 **01/23 Rehberge**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29

30 **Staatliche Handlungsfähigkeit sichern und Spiel-**
31 **räume für Zukunftsinvestitionen erhalten**

32 **– Für eine nachhaltige Umsetzung der Bundesschul-**
33 **denbremse in das Berliner Landesrecht!**

34

35 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
36 Abgeordnetenhauses von Berlin und des Berliner Se-
37 nats auf, die Schuldenbremse landesrechtlich so auszu-
38 gestalten, dass sie eine möglichst antizyklische Finanz-
39 politik sowie Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Dazu
40 gehören Investitionen in die jahrelang vernachlässig-
41 te **Infrastruktur des Landes Berlin**, wie es angesichts
42 einer wachsenden Einwohnerzahl erforderlich ist. Vor-
43 handene Handlungsspielräume sind voll auszuschöp-
44 fen, um das **Investitionsniveau so weit es geht zu erhö-**
45 **hen**. Insbesondere sind kreditfinanzierte Investitionen,
46 die durch Extrahaushalte getätigt werden, aus der lan-
47 desrechtlichen Regelung auszunehmen.

Annahme

1 **A51/II/2019**

2 **ASF**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5

6 **Doppelspitzen als optionales Vorstandsmodell auf**
7 **allen Parteiebenen ermöglichen**

8

9 Unabhängig von Beschlüssen des Bundespartei, möge
10 die SPD Berlin ihre Statuten so ergänzen, dass es den
11 Mitgliedern der SPD Berlin ermöglicht wird, in allen
12 Gliederungen auf allen Ebenen so wie in den Arbeitsge-
13 meinschaften der Partei Doppelspitzen mit mindestens
14 einer Frau zu wählen, sofern dies von bzw. auf der jewei-
15 ligen Gliederungsebene gewünscht ist.

16 Die Doppelspitze soll das bestehende „klassische“ Vor-
17 standsmodell mit einem/einer Vorsitzenden nicht er-
18 setzen, sondern als optional wählbares Vorstandsmo-
19 dell neben das bisher bestehende treten. Das Statut
20 soll vorsehen, dass vor Eintritt in Vorstandswahlen über
21 das jeweils gewünschte Vorstandsmodell für die Par-
22 teiwahlperiode entschieden wird. Die neuen statuta-
23 rischen Regelungen finden, im Falle ihres Beschlusses
24 durch den Landesparteitag, bereits bei den Parteiwah-
25 len 2020 Anwendung.

26 Als Orientierungspunkt für die statutenändernde Rege-
27 lung kann die im letzten Jahr vom Parteivorstand ge-
28 schaffene Regelung zur Ermöglichung von Doppelspit-
29 zen in den Ortsvereinen dienen.

Annahme

30 **A53/II/2019**

31 **ASF**

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33

34

35 **Paritäts-Gesetz als Leuchtturmprojekt für Berlin**

36

37 Das Land Berlin muss sich an die Spitze der Bewegung
38 zur Einführung der Parität in Deutschland setzen. Ber-
39 lin soll Vorreiter*in auf dem Weg zur gleichberechtigten
40 Teilhabe von Männern und Frauen sein und ein Paritäts-
41 gesetz erlassen, das wirkliche Gleichstellung von Män-
42 nern und Frauen in den Parlamenten sicherstellt. Da-
43 her fordern wir, dass die SPD Berlin die Einführung ei-
44 nes Paritäts-Gesetzes zu einem Leuchtturmprojekt für
45 die Stadt erklären soll! Ziel muss es sein, zumindest im
46 politischen Bereich der Stadt Gleichberechtigung end-
47 lich durchzusetzen.

48

49 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im
50 Abgeordnetenhaus, die sozialdemokratischen Mitglie-
51 der der Berliner Landesregierung und die SPD-Berlin
52 auf, sich weiterhin für die Einführung eines Paritäts-
53 Gesetzes für das Land Berlin einzusetzen, das neben
54 den Listen für Bezirksverordnetenversammlungen und
55 das Abgeordnetenhaus sowie den Bundestag auch die

Annahme

1 Wahlkreise miteinbeziehen soll.
2

3 **A54/II/2019**
4 **01/07 Bellevue**
5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
6
7
8 **Vom Europawahlkampf 2019 für bevorstehende**
9 **Wahlkämpfe lernen**
10
11 Der Europawahlkampf 2019 wurde in Berlin mit viel Mo-
12 tivation und Entschlossenheit durch die Basis und die
13 Hauptamtlichen geführt. Hieraus sollte die Partei ler-
14 nen und folgende Maßnahmen für die bevorstehenden
15 Wahlkämpfe fortsetzen:
16 – Regelmäßige und frühzeitige Treffen aller Wahl-
17 kampfbeauftragten auf Landes- und Kreisebene, wo
18 sich die Beteiligten kennenlernen, Ideen einbringen und
19 die Zusammenarbeit planen können
20 – Erstellung von Signal / WhatsApp / Threema-Gruppen
21 für schnelles und koordiniertes agieren in sozialen Me-
22 dien
23 – Einrichtung einer Online-Festplatte (z.B. Kampagnen-
24 Drive) für das schnelle Teilen von Druckvorlagen für In-
25 formationsmaterial, Videos oder Social Media Material
26 – Einrichtung von Projektgruppe für Kampagnen- und
27 Wahlkampfarbeit auf Abteilungs- und Kreisebene. Hier
28 können interessierte und motivierte Mitglieder zusam-
29 menkommen und in einem informellen Rahmen kreativ
30 Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten austauschen.
31 So kann die ehrenamtliche Arbeit auf mehreren Schul-
32 tern verteilt werden und die Basis sich frühzeitig auf
33 Wahlkämpfe vorbereiten
34

Überweisung an